Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 3000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887. Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 84. | Mittwoch, den 11. April 1923. | 5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Gestern ist Hugo Stinnes von französischen Truppen verhaftet — und wieder freigelassen worden.

Der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt sagte in einer Rede, die er in Gernerode hielt, daß er „lieber die Franzosen als Feinde im Lande habe, als die Russen als Freunde"!

Im Waldenburger Revier wurden bisher für einige Milliarden Mark Kohlen verschoben.

Die Beerdigung der in Essen gemordeten Arbeiter

fand gestern statt. Etwa 60 000 Krupparbeiter Krupparbeiter schritten den 3 Leichenwagen voraus. Die Reichsbehörden hatten Kränze gesandt. Das französische Militär hatte Anweisung erhalten, sich an diesem Tag weder auf den Straßen noch an den Fenstern der Quartiere sehen zu lassen. Wie das WTB. berichtet, sprach im Namen des Betriebsrates, der Parteien und Organisationen der Schlosser Paul Brehme.

Die Beerdigung fand ohne Zwischenfall statt.

Im Reichstag fand eine Trauerfeierlichkeit kait statt, bei welcher der Reichskanzler eine Rede hielt, auf die wir morgen näher eingehen werden.

Eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus.

Franzosen verhaften den Stinnes und lassen ihn laufen! ...

WTB. Berlin, 10. April.

Der von der Reichsregierung nach Essen gesandte Staatssekretär Hamm ist in Scharnhorst von den Franzosen verhaftet worden. Außerdem sind verhaftet worden der frühere Reichspostminister Giesbert und der frühere Ministerpräsident Stegerwald sowie der Industrielle Hugo Stinnes. Gisbert, Stegerwald und Stinnes wurden heute morgen 6 Uhr freigelassen. Die Verhaftung Hamms wurde noch aufrechterhalten.

WTB. Berlin, 11. April. Wie die „DAZ." zu der an Hugo Stinnes verübten Freiheitsberaubung erfährt, sind Herr und Frau Stinnes anläßlich der Gepäckkontrolle aus dem Schlafwagen herausgeholt und in einen Güterwagen gesperrt worden. Auf den Protest Stinnes sind die Verhafteten nach einiger Zeit wieder freigelassen worden und konnten ihre Reise ins Einbruchsgebiet fortsetzen.

Wenn Stinnes protestiert, — lassen ihn die französischen Offiziere frei — obwohl sie immer wieder behaupten, daß Stinnes der böse Geist Deutschlands ist, obwohl sie immer wieder behaupten, daß sie ins Ruhrgebiet nur einmarschiert wären, um die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Reparationszahlungen zu leisten. Stinnes ist der reichste. Warum haben sie ihn freigelassen? Eine Krähe hackt der anderen nicht das Auge aus.

3 Abgeordnete verhaftet.

Berlin, 10. April.

Der Abgeordnete Genosse Remele hat heute den Reichspräsidenten telegraphisch davon benachrichtigt, daß drei Abgeordnete, die zur Beerdigung der Essener Arbeiter nach Essen fahren wollten, in Hamm verhaftet und nach Castrop gebracht worden sind.

Was geht in Polnisch-Oberschlesien vor?

Die TU. (Telegraphen-Union) meldet aus Kattowitz:

Die Terrorfälle gegenüber den deutschen Einwohnern in Polnisch-Oberschlesien nehmen von Tag zu Tag zu. Nachdem in der vergangenen Woche ein politischer Einbruch in die Räume des Deutschen Volksbundes in Königshütte verübt wurde und ferner eine Versammlung des Deutschen Jugendbundes von Polen gesprengt worden war, wüteten am Sonntag nachmittag mit Knüppeln bewaffnete polnische Insurgenten auf den Sportplätzen. Als am Sonntag die Auswahlmannschaften der Bezirke Königshütte und Kattowitz auf dem Sportplatz in Kattowitz von einer großen Zuschauermenge begrüßt worden war, stürmten über 150 Insurgenten auf den Platz, demolierten die Sitzbänke, brachen den Zaun um und jagten die Spieler und Sportfreunde auseinander. Einzelne junge Leute, die sich den Insurgenten in den Weg stellten, wurden verprügelt, darunter einer derart, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Auch das Fußballspiel zwischen Fußballklub 07 und Viktoria im Bienhofpark wurde unmöglich gemacht, da mit Revolvern, Stöcken und Gummiknüppel bewaffnete Polen auf die Spieler einschlugen. Als die Bande schließlich auch noch Schüsse abgab, rettete sich jeder durch Flucht. Einem jungen Manne wurden hierbei die Zähne ausgeschlagen, ein anderer wurde derart verprügelt, daß er besinnungslos liegen blieb. Auch aus Siemianowitz werden Terrorfälle gemeldet. Fast sämtliche deutschen Firmenschilder wurden mit Teer beschmiert, einzelne heruntergerissen. Ferner drang eine Bande von 10 Mann in die Kasinoräume des Hüttengasthauses ein, tat sich ohne Bezahlung an Bier und Schnaps gütlich und riß dann ein kostbares Relief in Metall, ein Erzeugnis der Laurahütte, von der Wand und verschwand damit. Eine besonders gefährliche „Räumungskommission" haust in Chorzow. Die in den dortigen Stickstoffwerken beschäftigten Arbeiter werden, soweit sie in Deutsch-Oberschlesien wohnen, von einer Horde angehalten, verprügelt und die Werkkarte abgenommen und zerrissen. Die Bande haust dort bereits seit Freitag abend und verprügelte am Montag wieder zahlreiche Arbeiter dermaßen, daß sich 15 von ihnen in Deutsch-Oberschlesien in ärztliche Behandlung begeben. Man hat das Gefühl, daß die Polizei erst dann eingreift, wenn die Terroristen ihre Schandtaten ausgeführt haben.

Der „Volkswille", das Organ der deutschen Sozialdemokraten Polens, läßt sich aus Warschau nachstehende Meldungen drahten, die wohl in einem gewissen Zusammenhang stehen zu den Unruhen in Polnisch-Oberschlesien:

„In der polnischen Rechtspresse hat in den letzten Tagen eine neue Welle deutschfeindlicher Artikel und Nachrichten eingesetzt. „Journal de Pologne", „Gazeta Warszawska", „Gazeta Poranna" und „Rzeczpospolita" gehen immer mit gleicher Tendenz gegen die deutsche Minderheit in Polen aggressiv vor und lassen es dabei an feindlichen Bemerkungen über Deutschland nicht fehlen.

Im Zusammenhang mit der Anwesenheit General Le Ronds in Warschau und dem bevorstehenden Besuch Fochs verdient ein Artikel der „Gazeta Warszawska" Aufmerksamkeit, der die Notwendigkeit einer starken polnischen Front gegen Deutschland betont. Diese Front müsse durch ein polnisch-tschechisches Bündnis befestigt und gestärkt werden."

Wir können die Richtigkeit dieser Meldungen von hier aus nicht nachprüfen — auch kennen wir die besonderen Ursachen nicht, denen diese Terrorakte zuzuschreiben sind. Ob von deutscher Seite provoziert wurde, oder ob die polnischen Machthaber dergestalt dem französischen „Gönner" zu Hilfe eilen wollen — läßt sich aus den Berichten der bürgerlichen Presse nicht ersehen. Eigene Berichte liegen uns bis dahin noch nicht vor.

An unsere Parteiorganisationen.

Rüstet für die Demonstrationswoche vom 15.—22. April.

Die Frankfurter Konferenz hat für die Woche vom 15. bis 22. April eine internationale Demonstrationswoche beschlossen, in der für die internationale Einheitsfront zum Kampf gegen die Ruhrbesetzung, gegen imperialistische Kriegsgefahr und faszistische Reaktion demonstriert werden soll. In dieser Woche sollen auf Beschluß des Internationalen Aktionskomitees in allen Orten Betriebsversammlungen, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen stattfinden.

Mit der Vorbereitung der Demonstrationswoche muß sofort in allen Ortsgruppen begonnen werden.

Es ist dafür zu sorgen, daß zu den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz und zur Demonstrationswoche überall in den Betrieben und Gewerkschaften Stellung genommen wird. Referentmaterial über die Frankfurter Konferenz wird in den nächsten Tagen erscheinen.

In der Parteipresse muß jetzt täglich unter Anknüpfung an die Tagesereignisse dafür gesorgt werden, daß die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz bekannt werden und die Demonstrationswoche vorbereitet wird. Auch muß die Presse dazu beitragen, daß einer der wichtigsten Frankfurter Beschlüsse, Schaffung der Hundertschaften in den Betrieben zum Schutz der Versammlungen und Demonstrationen gegen faszistische Angriffe noch vor der Demonstrationswoche verwirklicht wird.

Das Internationale Aktionskomitee wird sofort eine Delegation zum ADGB. und zur VSPD. senden, um sie zur Beteiligung an der Demonstrationswoche und an der proletarischen internationalen Einheitsfront aufzufordern. Sollten ADGB. und VSPD. ablehnen, dann müssen trotzdem alle örtlichen Partei-, Gewerkschafts- und sonstigen Arbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen Besprechung über die Durchführung der Demonstrationswoche veranlaßt werden. Lehnen auch die Instanzen der lokalen Organisationen ab, dann sind die Funktionäre der örtlichen Arbeiterorganisationen und der Betriebe zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzurufen. Dort muß besprochen und beschlossen werden, was in der Demonstrationswoche getan werden soll.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte hat bereits durch einen Aufruf (wir bringen ihn morgen. D. Red) die örtlichen Betriebsräteausschüsse aufgefordert, die Initiative zur Herbeiführung von Verhandlungen der Arbeiterorganisationen zu ergreifen. Wo kein Betriebsräteausschuß existiert — und das ist immer noch in vielen Orten der Fall — ist es Aufgabe der örtlichen Parteiorganisationen, die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen einzuleiten. Durch Veröffentlichungen in der Presse müssen die Verhandlungen gefördert werden.

In den nächsten Tagen wird das Manifest der Frankfurter Konferenz als Flugblatt erscheinen, für dessen schnelle und gute Verbreitung Sorge zu tragen ist.

Die Zentrale der KPD.

*

Auf den Wunsch der französischen Organisationen, der auch die Zustimmung anderer Organisationen gefunden hatte, empfiehlt das Internationale Aktions-Komitee zum Kampfe gegen Kriegsgefahr und Faszismus, die Propagandawoche auf die Zeit vom 15. April bis zum 1. Mai auszudehnen, damit die Organisationen in allen Ländern die Möglichkeit haben, die Propaganda für die in Frankfurt am Main gefaßten Beschlüsse gründlichst vorzubereiten und durchzuführen. Durch diese Ausdehnung der Propagandawoche bis zum 1. Mai wird auch die Möglichkeit geschaffen, den 1. Mai als Krönung der gesamten Kampagne gegen Kriegsgefahr und Faszismus zur Auswertung zu bringen. Das Internationale Aktions-Komitee bittet darum alle Organisationen, die Versammlungs-Kampagnen so einzurichten, daß in der Woche vom 15. bis 22. April möglichst viele Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen abgehalten werden, in der darauf folgenden Woche öffentliche Versammlungen und Massenmeetings mit ausländischen Referenten, am 1. Mai Demonstrationen unter den Parolen der Frankfurter Konferenz.

Internationales Aktionskomitee
zum
Kampfe gegen Kriegsgefahr und Faszismus.
Vorsitzende: Clara Zetkin (Berlin), Henry Barbusse (Paris).

Zu dem Verbot der „Roten Fahne."

Der Schlag gegen die Kommunisten.

I.

P. Q. Nicht von ungefähr verbietet die Regierung die „Rote Fahne" gerade am 8. April. Der Augenblick ist: der Wendepunkt in der Politik der europäischen Großmächte und der Augenblick, in dem die Cuno-Regierung sich anschickt, ihren markierten Widerstand aufzugeben. In diesem Augenblick dem einzigen deutschen Gegner der Cuno-Regierung — denn die neuen „Gegner" von rechts nimmt auch Cuno nicht ernst — den Mund zu stopfen, ist ein Lebensbedürfnis dieser Regierung, die sich anschickt, einen Vertrag mit den Kriegsgegnern zu schließen, der zum Sklavenvertrag für das deutsche Proletariat werden soll. Sinn und Zweck dieses Vertrages können nur sein: Unterwerfung der deutschen Bourgeoisie unter die imperialistischen Ziele der neu zu knüpfenden Entente, und zwar in der Form einer Gewinnbeteiligung bei der gemeinsamen Ausbeutung der Proletarier ganz Europas. Die deutschen Industriebarone sollen zu Zwischenmeistern werden, das Ruhrgebiet, staatlich abgetrennt vom Deutschen Reich, das Hauptausbeutungsgebiet, das übrige Deutsche Reich soll das werden, was man häufig eine „Ententekolonie" genannt hat, ein Gebiet, das vor der deutschen Bourgeoisie in ihrem Interesse und im Interesse ihrer verbündeten Gegner, unter dem Schutze der geduldeten deutschen Bajonette und wenn nötig und möglich mit Hilfe französischer und belgischer, so verwaltet wird, daß die Kassenschränke der Stinnes, Loucher, Schneider, Wendel, Krupp, Wickers, Armstrong und aller zugehörigen Banken anschwellen von fetten Profiten.

II.

Die Cuno-Regierung ist drauf und dran, zu kapitulieren. In der Tat: es bleibt ihr nichts übrig. Die Hoffnung auf amerikanische Vermittlung ist hin: die amerikanischen Bankiers welche jetzt die amerikanische Außenpolitik bestimmen, wirken nicht via Berlin, sondern via London und Paris. Bonar Law, auf den die kurzsichtigen Deutschen, sozusagen Außenpolitiker, gerechnet hatten, weil sie nie zu rechnen verstehen und lediglich auf Wunder warten, Bonar Law konferiert mit Loucheur, dem französischen Stinnes; Loucheur konferiert eine Woche lang mit englischen Finanziers und Ministern. Das Ergebnis, heute noch nicht greifbar, aber heute schon vorauszusehen, ist: die „Forscheit" des Herrn Poincare, die in Wirklichkeit Plumpheit ist, wird gebrochen werden, aber das Ziel Poincares wird, etwas englischer gefärbt, erreicht werden: Schaffung eines abgetrennten Pufferstaates, dessen Kohle mit dem lothringischen Erz vereinigt wird. Freilich: eine gewisse englische Kontrolle wird hineinkommen; freilich: die Reparationsfragen werden eine (zum wievielten Mal?) „konkrete" Lösung erhalten; man spricht davon, daß eine bestimmte Summe festgesetzt werden soll, so um die 50 Milliarden Goldmark herum, welche das Deutsche Reich in bestimmten Raten zu zahlen haben wird; freilich: die alliierten Schulden an Amerika und die französischen an England sollen in irgendwelche festen Grenzen und Zahlungstermine gegossen werden. Dadurch wird die Hegemonie (Vorherrschaft) Frankreichs nicht in der nackten Form, die ihr Poincare geben wollte, errichtet. Poincare wird über diese Regelung stolpern, denn Loucheur spricht nicht nur nicht in seinem Namen, Loucheur spricht gegen ihn in London. Loucheur spricht ebenso gegen seine Regierung, wie Stinnes gegen seine Regierung in London verhandelte, in Rom mit Mussolini und, zweifellos, — mit Loucheur. Die „Verständigung" findet statt zwischen den Industriekönigen und Bankiers, nicht zwischen den Regierungsführern. Und diese Verständigung findet statt auf Kosten des Proletariats.

III.

Diese „Verständigung" kann nicht von langer Dauer sein. Sie schafft und gebiert neue imperialistische Konflikte. Aber für die voraus-

sichtlich kurze Zeit ihrer Dauer muß sie von verheerender Wirkung sein für das Proletariat Europas. Einen Vorgeschmack geben die Essener Ereignisse. Waren nicht die französischen Imperialisten „arbeiterfreundlich", als sie ins Ruhrgebiet einzogen? Solange nackte militaristische Annektionspolitik getrieben wurde, solange konnten sie Arbeiterfreundlichkeit spielen. Sowie der Augenblick der Losreißung des deutschen Hauptindustriegebiets unter der Sauce der „Verständigung" da ist, müssen die französischen Imperialisten mit der Sprache der Waffen gegen jeden Versuch des Proletariats einschreiten, sich nicht zu fügen den Befehlen der Zwingherren. Das Essener Blutbad ist der Beginn der „Verständigung". Der französische Imperialismus schreibt seine Unterschrift unter den Kapitulationsvertrag der Cuno-Regierung mit dem Blut der deutschen Proletarier. Die Ankündigung des Kapitulationsvertrages bringt die Cuno-Regierung, unterstützt von ihren sozialdemokratischen Handlangern, durch das Verbot der „Roten Fahne" und ihrer Kopfblätter.

IV.

Denn die Kommunistische Partei hat, als einzige Macht in Deutschland, von Anfang an gesagt, was das deutsche Proletariat tun muß. Die Kommunistische Partei wird es auch weiterhin sagen. Kampf auf zwei Fronten. Kampf gegen die blutigen, frechen, französischen Imperialisten. Kampf aber zugleich gegen deren neue Handlanger, die Stinnes und Konsorten und deren Regierung, welche den Kapitulationsvertrag unterzeichnen wird und mit aller Brutalität und unter Ausnutzung der eigens für diesen Zweck gebildeten faszistischen Organisationen das deutsche Proletariat in harte Fron treiben wird. Die Kommunistische Partei wird sich nicht stumm machen lassen. Die Kommunistische Partei wird die Arbeiter weiterhin und nach dem Verbot ihrer Presse mit verzehnfachter Kraft, das deutsche Proletariat und das internationale aufrufen zum Kampf, zum ernsten Kampf nicht mit dem Maule, sondern mit allen proletarischen Mitteln, die verfügbar sind, gegen den Erbfeind, das ist: den Kapitalisten, und zwar den französischen bis zu seinem Herauswurf aus der Ruhr und gegen den deutschen bis zu seinem Herauswurf aus allen seinen Machtpositionen und bis zur Errichtung einer revolutionären Regierung von Arbeitern, die mit eiserner Faust jeden Versuch der Bourgeoisie, sich gegenrevolutionär zu regen, niederschlagen wird, die auch, wenn sie von den Imperialisten jenseits der Grenze angegriffen wird, die proletarischen Kräfte mobilisieren wird zur Verteidigung der erst zu schaffenden revolutionären Errungenschaften.

V.

Den Kommunisten den Mund zu stopfen ist deshalb eine Lebensfrage für die deutsche Bourgeoisie. Aber für das deutsche Proletariat, für alle deutschen Arbeiter ist es eine Lebensfrage, die Stimme der Kommunisten zu hören und ihr zu folgen. Wo will die deutsche Arbeiterklasse hin? In die Sklaverei? Dann lasse sie es zu, daß die Regierung mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Koalitionsgenossen die kommunistische Presse knebelt. Oder will die deutsche Arbeiterklasse den Weg der Befreiung beschreiten, der ihr unendlich schwer gemacht werden wird, wenn sie es zuläßt, daß die Kapitalisten Europas sich auf Kosten des europäischen Proletariats, insbesondere des deutschen, zu seiner Ausbeutung vereinigen. Die blutigen Heldentaten der französischen Imperialisten in Essen wären dann der Beginn der neuen Aera. Diese neue Aera, die Aera der französischen Hegemonie, leitet die deutsche Regierung ein mit dem Verbot der „Roten Fahne". Sie schützt damit nicht nur die deutsche Bourgeoisie, und nicht nur den deutschen Faszisten macht sie freie Bahn; sie schützt damit den angeblich von ihr bekämpften französischen Imperialismus und erweist sich im vorneherein als Verbündete der Bluthunde von Essen.

VI.

Nicht von ungefähr wird also die „Rote Fahne" gerade am 8. April verboten. Vom 15. April bis zum 1. Mai hatte die KPD. eine Kampfwoche gegen den internationalen Faszismus angesetzt. Der Kampf gegen den internationalen Faszismus kann nur geführt werden in Verbindung mit dem Kampf gegen diejenigen, die den Faszismus brauchen, gebrauchen und infolgedessen fördern. Wie die Faszistenbanden sich konzentrieren in Bayern und im Ruhrrevier, wodurch der Zweck erreicht wird, vorzutäuschen, daß es sich handelt um nationalen Widerstand gegen den Eindringling, so muß der Kampf gegen die Faszisten nicht geführt werden konzentriert auf diese Gebiete und nicht geführt werden isoliert von den Fragen der Politik. Das begreift die Regierung und verbietet die kommunistische Presse. Sie wird die Kampfwoche nicht verhindern, sie wird lediglich den Kampfgeist der Kommunisten anfeuern. Am liebsten würde sie die ganze Kommunistische Partei verbieten. Das kann sie nicht [illegible] sie ist die Grenze zu ziehen. Das wird sie nicht erreichen. Lauter als vorher werden wir den Arbeitern sagen, was ist und was getan werden muß. Besser als vorher werden die Arbeiter uns verstehen; denn der 8. April ist nicht gut, sondern schlecht gewählt gewesen. Wenn man kapituliert und denjenigen schlägt, der die Kapitulation vorausgesagt und vor ihren Folgen gewarnt hat, stärkt man die Resonanz seiner Stimme, auch wenn man sie zu unterdrücken versucht. Nicht nur die Kommunistische Partei, auch die kommunistische Presse wird durch das übel begründete Verbot nur wachsen.

Zu den taktischen Differenzen.

Die radikalen „Parteiretter".

Von Heinrich Brandler (Berlin.)

„Wir sind der Meinung, daß es lächerlich ist, zu behaupten, die Furcht und die Feigheit vor dem Bürgerkrieg a priori sei die Ursache der Passivität der Massen, und eine metaphysische Kunst der SPD. nutze diese „Grundstimmung" bewußt und geschickt aus zur Rettung ihrer gefährdeten Position, indem sie den unzufriedenen Massen die Konsequenzen des Machtkampfes ausmalt". In diesem hohlen Gerede offenbart sich die unmarxistische, undialektische Auffassung der Wortführer der Opposition.

Der Hinweis auf die Agitationsmethoden des Faszismus beweist dasselbe Unverständnis der Artikelschreiber. Sie begreifen nicht, daß die Faszisten sich zumindest zu Beginn an eine ganz andere soziale Schicht wenden und dort Erfolge erzielen. An die verkrachten Militärs, Kleinrentner und Intellektuellen, deren Denken und Fühlen von dem der breiten proletarischen Massen in Deutschland grundverschieden ist. Obgleich wir die Bearbeitung dieser Schichten nicht vernachlässigen dürfen, so bleibt doch die Hauptaufgabe der KPD. die Gewinnung der breiten Arbeitermassen, die direkt oder indirekt eine langjährige Schule der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit hinter sich haben und von der demokratischen Erobe- von der demokratischen und politischen Eroberung der politischen und ökonomischen Macht heute noch aufgebaut ist. Wenn die Auffassung der „radikalen Genossen" schon durch keinerlei Kenntnisse dieser Faktoren getrübt ist, so sollte doch die Tatsache, daß die VSPD. über eine Million, wir leider erst 250 000 Mitglieder haben, etwas nachdenklich stimmen. Allerdings, wenn der „Radikalismus" so weit geht, daß er Opportunismus wittert, wenn die „gegebenen Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden", dann ist dieser Radikalismus so gründlich, daß er sogar die menschliche Vernunft besiegt. Dann brauchen wir aber keine Angst zu haben, daß wir durch das Anknüpfen an die demokratischen Illusionen „Konfusion in die eigenen Reihen bekommen". Dann sind wir mit dieser Gabe durch die Produktionen von Ruth Fischer überreichlich versehen.

Die Beweisführung Ruth Fischers für den Opportunismus ist also nicht gelungen.

Bei der Sucht, uns des Austro-Marxismus zu bezichtigen, passiert der Genossin Fischer das Malheur, daß sie folgendes Zitat Otto Bauers gegen uns anwenden zu können glaubt:

„Die Wurzel des parlamentarischen Kretinismus ist die Illusion, daß man mit bloßen parlamentarischen Aktionen die Machtverhältnisse zwischen den Klassen wesentlich verschieben könne. In Wirklichkeit hängt die Macht jeder Klasse von ihrer Verfügung über die militärischen und ökonomischen Machtmittel ab. Gleiche parlamentarische Formen haben ganz verschiedene Wirkungen je nach den realen Machtverhältnissen, die hinter ihnen stehen."

Die Anwendung dieses an sich zweifellos richtigen Zitats beweist indes nur, daß die Wortführer der Berliner Opposition auch nicht einmal den Austro-Marxismus begreifen, geschweige denn die kommunistischen Grundsätze und die Taktik der Kommunistischen Internationale. Austro-marxistisch sind die Zitierkunststücke der Genossin Ruth Fischer sowie ihre oberflächliche Art, die Dinge nicht in ihrem dialektischen Zusammenhang, sondern isoliert voneinander zu betrachten.

Wenn uns die Genossin Ruth Fischer des Parteiverrats und des Opportunismus bezichtigt, weil wir unter Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen wollen, so befinden wir uns in guter Gesellschaft. Der Genosse Lenin, der bedeutendste Begründer der kommunistischen Grundsätze und Taktik, hat sechs Wochen vor der Machteroberung in Rußland 1917 die Koalition mit den Sozialdemokraten gefordert und nach der Machteroberung die Koalition mit den SR. vollzogen.

Nach der Machteroberung im Jahre 1917 waren die Bolschewiki nicht nur bestrebt, die politische Macht mit den Bauern zu teilen, sondern die linken SR. waren Mitglieder der ersten Revolutionsregierung. Schon das Kommunistische Manifest sagt in seinem Abschnitt 4 über die Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien: „Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten."

Der Radikalismus der Wortführer der Berliner Opposition ist ein hohler Scheinradikalismus, der trotz der revolutionären Phrasen in der Praxis auf völlige Passivität und völliges Nichtstun hinausläuft. Bei diesem hohlen Radikalismus kommen solche Widersprüche zustande, wie in dem Artikel der Genossin Ruth Fischer. In der ersten Spalte des Artikels argumentiert die Genossin Ruth Fischer gegen uns, indem sie als bestes Mittel zur Erhaltung der Arbeitermassen in der Passivität die Praxis der sozialdemokratischen Führer schildert, die mit den Konsequenzen des Bürgerkrieges die sozialdemokratischen Arbeitermassen von dem Machtkampf abhält. In der dritten Spalte desselben Artikels gibt sie als einzig stubenreine kommunistische Taktik und Praxis eben jene Methode der Sozialdemokraten als Allheilmittel an. Wir stellen diese beiden Stilblüten einander gegenüber:

1. Aber was die Massen in ihrer Passivität hält und was den Verrat der sozialdemokratischen Führer begünstigt, das ist nicht der Glaube an die „Demokratie" und den Sieg des Weltfriedens und des Völkerbundes der Kapitalisten; gerade die deutschen Arbeiter besitzen die bittersten und deutlichsten Erfahrungen über die Demokratie. Aber die durch vier Nachkriegsjahre erworbene Einsicht in die Schwierigkeit des Kampfes nicht nur vor Erkämpfung der politischen Macht, sondern vor allem nach Erkämpfung der politischen Macht ist für breite Arbeitermassen in Deutschland kein Anstoß zum revolutionären Vorwärtsdrängen, sondern heute noch oft ein Hemmnis ihres Kampfeswillens. **Gerade weil die Arbeitermassen in Deutschland im täglichen Kampfe begreifen gelernt haben, daß sie nichts erreichen, ohne die Machtfrage aufzurollen, gerade deshalb schrecken sie in jeder Bewegung genau an dem Punkte zurück, wo der Kampf umzuschlagen droht in den Kampf um die politische Macht, in den Bürgerkrieg** (Eisenbahnerstreik, Rathenau-Aktion). Die SPD. nutzt diese Stimmung der Massen bewußt und geschickt aus, **und rettet sehr oft ihre eigene gefährdete Position dadurch, daß sie den unzufriedenen Massen die Konsequenzen des Kampfes ausmalt.**

2. Die Minderheit der deutschen Partei vertritt die Auffassung, daß die Anschauungen über die Einheitsfronttaktik und die Arbeiterregierung ihre Wurzeln haben in dem KAGismus, der in der deutschen Partei als politische Strömung durch den Ausschluß einer ganzen Reihe von Führern und Funktionären nicht erledigt wurde. Um zunächst auf dem Boden der taktischen Frage zu bleiben, verneint die Minderheit ganz entschieden, daß wir mit diesem Anknüpfen an die demokratischen Illusionen die Massen gewinnen können. Durch das Vorbinden der demokratischen Maske, auch wenn man dabei das Gesicht wahrt, indem man hier und da brüllt, man sei Kommunist, gewinnt man nichts als Konfusion in den eigenen Reihen. **Die Massen sind deshalb nicht bei uns, weil sie an die Demokratie glauben, sondern weil sie eine Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie fürchten.** Die Massen kommen zu uns, wenn wir in den Tageskämpfen unermüdlich in erster Reihe stehen, aber dabei kommunistische Propaganda und kommunistische Politik treiben. **Das soll heißen, aus allen Tagesforderungen der Arbeiterklasse praktisch immer wieder und immer wieder die Machtfragen aufrollen.**

Das heißt also: Zur Ueberwindung der „Feigheit", „Passivität der Massen" weiß die Artikelschreiberin kein anderes Mittel anzugeben, als das, was sie bei den Sozialdemokraten als Abschreckungsmittel der Massen denunziert. Dieses soll nun als radikales kommunistisches Wundermittel zur Eroberung der Massen für den Kommunismus dienen.

Wer so die sozialdemokratische Sabotagepolitik an den Interessen der Arbeiterklasse zum Postulat der praktischen Politik macht, und andere des Parteiverrats anklagt, die diese konfusen Kopfsprünge ablehnen, der hat das Recht verwirkt, sich als Parteiretter aufzuspielen. Schade um die Zeit, die wir in der jetzigen äußerst günstigen politischen Situation vertrödeln müssen, um diesen Rückfall in die kommunistische Kinderkrankheiten zu liquidieren.

Die Presse zu dem Verbot der „Roten Fahne."

Der „Kämpfer", unser Bruderorgan für den Bezirk Ost-Sachsen (Chemnitz) schreibt:

„In diesem Augenblick bedeutet Severings Aktion gegen die „Rote Fahne" den zweiten Dolchstoß in den Rücken der proletarischen Kampffront, die sich in Frankfurt zu formieren begann.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich zu Beginn der Ruhrkrise von ihren Führern in den Schlaf lullen lassen. Sie haben [illegible] zusehen, wie sich die Dinge entwickelten. Sie müssen heute zeigen, ob sie gewillt sind, dem Faszismus in Deutschland das Kampffeld zu überlassen. Noch nie war die Bildung der proletarischen Einheitsfront notwendiger denn gerade jetzt.

Das Verbot der „Roten Fahne" ist nur der erste Schlag gegen das deutsche Proletariat.

Weitere werden folgen. Zur politischen Unterdrückung wird sich die wirtschaftliche Verknechtung gesellen — wenn die deutschen Arbeiter nicht rechtzeitig mit der Gegenwehr beginnen.

Das Verbot der „Roten Fahne" ist ein Warnungszeichen. Möge es nicht ungehört verhallen.

Die sofortige Mobilisierung der Arbeitermassen, der Aufmarsch zum Protest, die Vorbereitung zur Abweisung des beginnenden Angriffs auf die Arbeiterschaft muß sofort erfolgen. Wenn das deutsche Proletariat in diesem Kampfe erkennt, daß es um seine jetzige und künftige Existenzmöglichkeit geht, dann wird es [illegible] eintreten in dem Bewußtsein, das Schillers Reiter in ihren Krieg begleitete:

„Und setzet Ihr nicht das Leben ein,
Nie wird Euch das Leben gewonnen sein."

Die „Sächsische Arbeiterzeitung", Organ der KPD. für den Bezirk Westsachsen:

Das Verbot der „Roten Fahne" und der anderen kommunistischen Zeitungen in Preußen verurteilt alle Drohungen und Erdrosselungen, die über den Kurs des Cuno und des Severing noch herrschen konnten.

„Mit dem Verbot der kommunistischen Zeitungen beginnt die Machtverschiebung in der deutschen Bourgeoisie. Die Faszisten rücken vor. Unblutig erringen sie die Macht. Sie werden von der Regierung übernommen, weil sie für alle Teile des Kapitals unentbehrlich sind. Für jene, die passiven Widerstand wollen, weil er ohne die Faszisten, dieser Bankerte einer untergehenden Klasse, nicht möglich ist, und für die Stinnesleute, weil schon die Kräfte bereitstehen müssen, die die Durchführung des abzuschließenden Paktes mit dem Erbfeind garantieren".

Der Angriff auf die kommunistische Presse ist keine Parteisache. In diesem Anschlag geht es nicht um unsere Partei. **Die Existenzfrage der Arbeiterschaft ist aufgeworfen. Läßt die Arbeiterschaft ihren Vortrupp knebeln, schaut sie untätig diesem Beginnen zu, dann sind ihr zugleich die Fesseln angelegt. Unmerklich zwar, aber der Schmerz der Handschellen kann schon morgen fühlbar werden.**

Die Breslauer „Volkswacht", das Organ für die werktätige Bevölkerung, berichtet in einer längeren Notiz über das Verbot und knüpft nachstehenden Kommentar an diese Notiz:

„**Soweit die formell zweifellos genügende amtliche Begründung. Das Verbot erfolgte, wie wir hören, auf Veranlassung von Reichsstellen. Ob diese gegen rechtsradikale Ausschreitungen (!!) in Bayern nun ebensolche Schritte veranlassen werden?**"

Der „Volkswacht" genügt also die amtliche Begründung! Das werden sich die Arbeiter merken müssen. Wenn die „Volkswacht" „nun ebensolche Schritte gegen rechtsradikale Ausschreitungen" erhofft, so gibt sie damit zu, daß bisher gegen rechts nicht getan worden ist. Trotzdem findet sie kein Wort des Protestes gegen das provozierende Verbot.

Die „Bergwacht" bringt die Meldung über das Verbot unter der Ueberschrift „Nur stark gegen links" — versetzt damit den Obergenossen Severing und Richter, vor allem aber sich selbst, eine schallende Ohrfeige — und kommentiert ähnlich wie die „Volkswacht":

„Mag das Verbot der „Roten Fahne" auch gesetzlich begründet sein, — wir möchten doch bezweifeln, ob mit ihm die Folgewirkungen erzielt werden, die der Berliner Polizeipräsident und die ihm vorgesetzten Instanzen erwarten, ohne deren Uebereinstimmung er sicherlich nicht gehandelt hat. Wenn aber schon unter der Mitwirkung des Reichskanzlers ein kommunistisches Organ verboten wird, dann ist es nicht mehr wie billig, daß Herr Cuno auch in Bayern seinen angeblichen Einfluß geltend macht, damit endlich dort einmal der fortgesetzten Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Republik durch die Nationalsozialisten ein Ende gemacht wird."

Regierungserklärung des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner.

WTB. **Dresden,** 10. April. In der heutigen ersten Landtagssitzung nach den Osterferien gedachte Landtagspräsident Winkler der blutigen Vorkommnisse in Essen am Ostersonnabend und gab der Trauer und dem Mitgefühl des sächsischen Volkes mit den Opfern der Gewalttaten des französischen Imperialismus Ausdruck. Während der Worte des Präsidenten hatten sich sämtliche Abgeordnete, einschließlich der Kommunisten, von den Plätzen erhoben. Nach einer kurzen Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Boettcher, der die Schuld an den Essener Vorgängen dem französischen und deutschen Kapitalismus zuschob und eine gemeinsame Abwehrfront des internationalen Proletariats verlangte, ergriff der neue Ministerpräsident Dr. Zeigner das Wort zu einer Regierungserklärung, in der er zunächst die Zusammensetzung des neuen sächsischen Kabinetts bekanntgab. Das Ministerium des Innern habe der Landtagsabgeordnete Liebmann, das Arbeitsministerium der Landtagsabg. Graupe übernommen, während er das Justizministerium beibehalten werde und die Minister Fleißner, Felisch und Heldt auf ihren Posten blieben. Hierauf entwickelte der Ministerpräsident das Regierungsprogramm auf Grund der rechtmäßigen bei den seiner Wahl vorangegangenen Vereinbarungen zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. In Bezug auf die Ruhraktion brachte der Ministerpräsident zum Ausdruck, daß die sächsische Regierung unbedingt darauf bestehen wird, daß die Reichsregierung keine Gelegenheit unbenutzt lasse, um in Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern einzutreten. Ferner müsse der Besitz in weit höherem Maße als bisher herangezogen werden, um die Reparationsverpflichtungen des Reiches und die damit zusammenhängenden Kosten zu decken. Auch darauf werde die sächsische Regierung mit größter Energie dringen. Die Besprechung der Regierungserklärung findet morgen statt.

Unter der Ueberschrift „Der rote Terror in Sachsen" hetzt die „Schlesische Zeitung", das monarchistische Preßreptil der schlesischen Junker: „Die Rechtsunsicherheit in Sachsen ist seit der sozialistisch-kommunistischen Verständigung immer größer geworden. Anderen als den Radikalen von der Linken ist es fast unmöglich, Versammlungen abzuhalten, ohne von den Kommunisten gestört zu werden. So wurde in Dresden am Sonntag sogar eine große öffentliche Kundgebung für das Ruhrgebiet von kommunistischen Sprengkolonnen unmöglich gemacht. Der Redner der Veranstaltung, Oberstudienrat Dr. Ost aus Essen, mußte seine Rede unterbrechen, da die Kommunisten ihn durch Pfeifen, Johlen und Absingen der Internationale am Weiterreden hinderten und schließlich sogar die Rednertribüne bedrohten. Die Polizei löste schließlich die Versammlung auf."

Große Kohlenschiebungen im Waldenburger Gebiet.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes wurden im Waldenburger Gebiet in Schlesien große Kohlenschiebungen, die bis in das Jahr 1921 zurückreichen und in die Milliarden gehen, aufgedeckt. Bis jetzt wurden sieben Personen verhaftet, darunter der Direktor der Kreiskohlenstelle.

Berge kommen!" Und wenn die Jungarbeiterschaft nicht zu uns kommt, dann müssen wir eben zur Jungarbeiterschaft gehen. Also: Die Behandlung der Betriebsfragen und überhaupt unsere gesamte Arbeit muß vom Jugendheim in den Betrieb verlegt werden. Dort schließen sich die Mitglieder der Kommunistischen Jugend zu einer Betriebszelle zusammen. In ihren Zellensitzungen besprechen sie alle notwendigen Fragen und dann durchdrängen sie mit ihrer Diskussionen, Anregungen und Vorschlägen gleich Sauerteig die Jugendbelegschaft des Betriebes. In Hamburg und anderwärts hat unsere Jugendorganisation die Erfahrung gemacht, daß es vorteilhaft ist, gleich nach Arbeitsschluß Betriebszellenversammlungen abzuhalten. In andern Orten geht es nicht möglich, dort kann aber die Versammlungen in der Brotpause gemacht werden und wieder in anderen Orten kann die Betriebszelle erst am Abend zusammentreten. Jede Zelle muß da eben selbst prüfen, welche Möglichkeiten in ihrem Betriebe bestehen und danach ihre Versammlungen einrichten. Die Hauptsache ist, daß die Zelle unter der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes tätig ist. Dadurch werden die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Zelle aufmerksam und kommen schließlich in die Zellenversammlungen.

Zuletzt noch ein Wort zur praktischen Durchführung der Zellenorganisation in Schlesien. Es kann meines Erachtens nicht sehr schwer haben, in Freiburg mit der Zellenbildung zu beginnen. Dort ist der größte Teil unserer Mitgliedschaft in der Uhrenfabrik beschäftigt, ein anderer nicht unwesentlicher Teil arbeitet in der Spinnerei. In Landeshut, Liebau, Langenbielau, wo die meisten unserer Mitglieder in Textilbetrieben beschäftigt sind, liegen die Verhältnisse ebenso. Besonders günstig liegen die Verhältnisse auch in den Kohlengebieten. Nur ist dort der Boden etwas steiniger. Das Dreischichtensystem im Bergbau macht da unseren Genossen noch Kopfschmerzen. Dafür ist es dort aber für die Betriebsarbeit von großem Vorteil, daß unsere Mitgliedschaft meist aus Bergarbeiterjugend besteht, die sich auf einzelne Schächte verteilt.

Das Nächste was getan werden muß, ist: Die Ortsleitungen müssen endlich dazu übergehen, die in einem Betriebe beschäftigten Mitglieder zu einer Zelle zusammenzufassen. Diese Zelle wählt sich eine Leitung, die sofort mit der Fraktion der Partei und den Vertrauensleuten der Gewerkschaft Fühlung nehmen muß.

Die wichtigsten Aufgaben der Zellen sind:

1. Der wirtschaftliche Kampf, Stellungnahme zu allen Fragen des Betriebes, wie Auszahlung des Lohnes, Tarifabschlüsse, Urlaub, hygienische Schutzeinrichtungen, Krankenkassen, Schulen usw.
2. Die politische Agitation, individuell, sowie in Versammlungen. Verbreitung von Flugblättern und Literatur.
3. Einkassierung der Mitgliedsbeiträge, von denen ein Teil der Ortsgruppe zufällt, Werbung neuer Mitglieder, deren Aufnahme von der Ortsleitung zu bestätigen ist.
4. Einberufung von Jugendbetriebsversammlungen, Bildungsarbeit in ihrer einfachsten Form, z. B. Lese- und Liederabende, Wanderungen, kurze politische Referate, Besprechung von Arbeiterfragen usw.

Es ist zu empfehlen, in der Uebergangsperiode gemeinsame Versammlungen der Zelle mit der Gruppe abzuhalten. Ueberhaupt wird in der ersten Zeit, in der die Zellen noch nicht genügende Selbständigkeit erlangt haben, von den Gruppen die meiste Arbeit zu erledigen sein.

Es entspricht durchaus den Kräften unserer Organisation in Schlesien, in den oben erwähnten Gruppen mit der Zellenbildung sofort zu beginnen. Die Aktivität unserer Mitglieder muß deshalb mehr geweckt werden. Die bisherigen Diskussionen über diese Frage müssen geklärt und zum Abschluß gebracht werden. In jeder Ortsgruppe — darauf will ich ganz besonders hinweisen — muß die Broschüre „Im Zeichen der Arbeit" vorhanden sein. Sie gibt viele Anregungen und Klärungen auf diesem Gebiet, wie sie bei den Debatten auf dem 3. Weltkongreß der KJI. herausschält wurden. Beginnen wir nun mit der Arbeit und lassen wir aus Anregungen, Resolutionen und Beschlüssen Betriebszellen erwachsen.

Das Parlamentsspiel.

Der Heimabend in Liebau hatte begonnen. Die Tagesordnung wurde verlesen, keine Kritik erfolgte, aber ein Punkt interessierte uns ausnehmend. Da stand als 7ter Punkt „Stadtparlamentspiel". Ha, was ist das, dachte man und kaum konnte man es erwarten, bis dieser vielversprechende Punkt an die Reihe kam. Gen. Mertens in Liebau hatte dieses Spiel der Wirklichkeit entnommen und traf die Einteilung. Es wurden Fraktionsvorsitzende gewählt, mit ihren Fraktionen und zwar Deutschnationale (Bülgo Bluthunde), Zentrum (von Hochwürden geleitet), dargestellt von Gen. Kleinpeter, Demokraten und Sozial- (Patrioten) Demokraten. Gen. Mertens markierte den „unparteiischen" Bürgermeister. Die Kommunistische Fraktion war ebenfalls vertreten, wie in Wirklichkeit sehr schwach. Wie viel Leben kam auf einmal in die Jugendgenossen und -genossinnen. Wie verstanden sie es, Forderungen aufzustellen, die eingehend kritisiert, bemängelt und dann doch bewilligt wurden. Der kommunistische Redner legte sich ins Zeug, die für seine Partei unannehmbaren Forderungen abzulehnen. Wie bezeichnend war es da, daß er stets überstimmt wurde und daß der sozialdemokratische Vorsitzende stets — seiner Rolle getreu — wie eine Katze um den heißen Brei lief, viel Aufhebens machte um dann doch den bürgerlichen Parteien zuzustimmen — wie in Wirklichkeit. Und dann der unparteiische Bürgermeister, der die Kommunisten anschnauzt, wohlwollend sich den Deutschnationalen zuneigt und mehr wie einmal, die Einigkeit des Bürgerblocks feststellt, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Ein Spiel war es nur und doch zeigte es den Anwesenden den Ernst der Lage. Ein Spiel war es das den Verstand schärft, der Intelligenz freien Weg gibt sich zu entfalten. Denn aus treffenden Bemerkungen und Einwänden konnte man ersehen, daß alles bei der Sache war es das den Verstand schärft, der Intelligenz benutzen alle ihre Kenntnisse nach Vermögen.

Solche und ähnliche Spiele sollten stets gemacht werden. Für uns kann es nur von Nutzen sein, denn wir erzielen dadurch geistig hochgebildete Menschen und, was nur zu begrüßen ist, redegewandte Mitglieder. Dieses Spiel hat noch dazu den Vorteil, daß durch stete Neubesetzung der Fraktionsführer und durch Schaffung neuer Vorlagen, neue Momente geschaffen werden, die an die Gehirne die höchsten Anforderungen stellen und nie ermüden.

Reinhold Raabe, Liebau.

Aus der Bewegung.

Mit Volldampf vorwärts in Oberschlesien.

In der Kampfwoche gegen den Faszismus und den bürgerlichen Militarismus in der Mitte des vorigen Monats ist es uns gelungen, in Oberschlesien ganz gewaltig vorzustoßen. Schon früher einmal hat dort eine gute und starke kommunistische Jugend bestanden. Durch die Teilung Oberschlesiens und durch die mehrfachen Aufstände ist diese Jugendorganisation zerschlagen und fast völlig aufgerieben worden.

Jetzt geht es im deutsch-verbliebenen Teil Oberschlesiens wieder mit aller Kraft aufwärts. In kurzer Zeit haben wir dort vier Ortsgruppen gründen können: in Gleiwitz, Hindenburg, Mikultschütz und Beuthen. Annähernd 300 Mitglieder sind in diesen Gruppen zusammengefaßt. Außerdem fanden in vielen andern Orten Jugendversammlungen statt, sodaß auch dort bald zur Gründung von Ortsgruppen geschritten werden kann. So in Bisskupitz, Borsigwerk Sosnitza, Friedrichshain, Neustadt, Ziegenhals, Ratibor und vielen andern Orten.

Es wird an der Arbeit unserer jungen Genossen und Genossinnen in Oberschlesien liegen, die Organisation in Oberschlesien weiter zu verbreiten und zu vertiefen.

Kreiskonferenz in O.-S.

Am Sonntag den 15. April vorm. 10 Uhr findet im Hüttengasthaus **in Gleiwitz** eine Kreiskonferenz der Kommunistischen Jugend für Oberschlesien statt. Die Ortsgruppen der KJD. in Oberschlesien können zu dieser Konferenz auf je 10 Mitglieder einen Delegierten entsenden. Die Ortsgruppen der KJ. in Oberschlesien fordern wir auf, ebenfalls je einen Vertreter zu dieser Konferenz zu delegieren. Die Kosten der Delegation müssen von den Ortsgruppen selbst getragen werden. Als Tagesordnung schlägt die Bezirksleitung vor:

1. Die Lage unseres Verbandes in Oberschlesien und unsere nächsten Aufgaben.
2. Aufbau der Betriebszellenorganisation.
3. Konstituierung des Kreises und Wahlen.
4. Verschiedenes.

Wir machen darauf aufmerksam, daß sämtliche Ortsgruppen unserer Organisation in Oberschlesien verpflichtet sind, diese Konferenz zu beschicken. Vertreter der Bezirksleitung sind anwesend.

Die Bezirksleitung.

Erweiterte Bezirks-Ausschußsitzung.

Wir berufen zum Sonntag, den 22. April vormittags 9 Uhr nach **Freiburg**, Gasthof zum Buchwald eine erweiterte Bezirks-Ausschußsitzung ein. An dieser nehmen teil: Der Bezirksausschuß, (Bezirksleitung und Kreisleiter und die Vorsitzenden der Ortsgruppen. Falls ein Vorsitzender verhindert ist, zu dieser Sitzung zu fahren, muß der 2. Vorsitzende oder ein anderer verantwortlicher Funktionär der Ortsgruppe erscheinen. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Bericht vom 7. Reichskongreß der KJD. (Genosse Lebutke).
2. Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung (Gen. Gläser).
3. Die Betriebszellenorganisation (Genosse Monden).
4. Kampf gegen den Faszismus (Genosse Kitzel).
5. Anträge und Verschiedenes.

Die Kosten für die Delegation müssen die Ortsgruppen selbst übernehmen. Jeder Gruppenvorsitzende hat auf der Bezirksausschußsitzung einen schriftlichen Bericht über die Stärke der rOtsgruppe, ihre Finanzen, das bisherige Ergebnis der Betriebszellenarbeit und des Kampfes gegen den Faszismus einzureichen. Wir bitten die Ortsgruppenvorsitzenden, sich darauf vorzubereiten.

Die Bezirksleitung

Fremdwörter-Erklärung.

Analyse — Zergliederung; **anti** — gegen; **Despotie** — Gewaltherrschaft; **Enthusiasmus** — Begeisterung; **hysterisch** — krankhaft nervös; **Ideologie** — Denkweise; **individuell** — persönlich, vereinzelt; **konservativ** — an alten festhaltend, **konzentriert** — zusammengefaßt; **Labyrinth** — Irrgebäude, etwas Unentwirrbares; **Majorität** — Mehrheit; **Offensive** — Angriff; **patriotisch** — überschwänglich vaterlandsliebend; **prinzipiell** — grundsätzlich; **Resignation** — Sich ins Schicksal ergeben; **Sentimentalität** — Gefühlsduselei; **stabil** — feststehend, haltbar; **Tendenz** — Absicht, Strömung.

Inhalts-Verzeichnis.

T. K. Trotz alledem!; Fritz Kitzel: der 7. Reichskongreß der KJD.; Max und Fritz: Ruinen; Max Gläser: Die Betriebszellenorganisation; R. Raabe: Das Parlamentsspiel; Aus der Bewegung: Kreiskonferenz in Oberschlesien; Erweiterte Bezirksausschußsitzung; Mit Volldampf vorwärts in Oberschlesien; Fremdwörter und Erklärung.

Unsre Jungprolet

11. 4. 23. Beilage zur Schlesischen Arbeiter-Zeitung Nr. 84

Trotz alledem!

Mit der erwachenden Frühlingssonne kommt auch der „Jung-Prolet", die Jugendbeilage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" wieder heraus. Die Zeit, in der er sein Wiedererscheinen aufnimmt, ist für ihn wie auch für die Kommunistische Jugend in Schlesien von Bedeutung.

Gerade ein Jahr ist verstrichen, seitdem der „Jung-Prolet" seine erste Umwandlung, gewissermaßen seine Konfirmation, durchmachte. Er hat viel erlebt in diesem Jahre. Erinnern wir uns noch, wie er früher erschien, als Zeitungsbeilage der Alten für die Jungen. Abgesehen von sehr seltenen Arbeiten älterer Jugendgenossen wurde der „Jung-Prolet" im großen Ganzen gleich einem Sorgenkind von den Alten großgepäppelt. Plötzlich wurde es anders. Die Kommunistische Jugendorganisation hatte sich in Schlesien unglaublich entwickelt. Sie war ein munterer, kräftiger Bursch geworden, der nun als junger Kommunist sein Recht auf die Jugendbeilage geltend machte. Die jungen Genossen und Genossinnen gingen daran, selbst Arbeiten für den „Jung-Prolet" zu liefern. In seinen Spalten tauschten sie Erfahrungen und Gedanken aus, und erzählten die Erlebnisse von lustigen Wanderfahrten. Sogar unsere kleinen Genossinnen und Genossen aus der Kindergruppe lieferten Aufsätze für die Jugendbeilage. Zu jener Zeit schaffte sich der „Jung-Prolet" ein anderes Kleid an. Er wurde technisch so eingestellt, daß er besser zur Agitation verwendet werden konnte. Dadurch gewann er ein gediegenes Aussehen, was die Mitarbeit unserer Jugendgenossen noch mehr steigerte. Und nicht allein die redaktionelle Mitarbeit nahm zu, sondern auch die agitatorische. Von den zehn Nummern des „Jung-Prolet", die so erschienen, gingen dank der Rührigkeit der jungen schlesischen Kommunisten Tausende von Exemplaren in die Hände der Jungproletarier Schlesiens. Und sogar über die Grenze flatterte der „Jung-Prolet" zu unseren Brüdern und Schwestern in der Tschechoslowakei.

Bald aber setzte der Kampf um den „Jung-Prolet" ein. Der Papierwucher schnitt vielen, selbst großen Tageszeitungen, den Lebensfaden ab. Er brachte ganz besonders die Arbeiterpresse in eine bedrohliche Lage. Dazu kam, daß sie durch die Sabotage der Druckerfirma bei der Herstellung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" große Schwierigkeiten ergaben. Diese Verhältnisse haben schließlich den Verlag unserer Zeitung gezwungen, sämtliche Beilagen einzustellen. Auch der „Jung-Prolet" verschwand damals in der Tiefe.

Da aber traten die jungen Kommunisten Schlesiens auf den Plan. Mit unglaublichem Optimismus beschlossen sie, den „Jung-Prolet" aus eigenen Mitteln herauszugeben. Es wurde gesammelt und agitiert, um das Werk zustande zu bringen. Tatsächlich gelang es der Kommunistischen Jugend Schlesiens, aus eigener Kraft eine Nummer des „Jung-Prolet" herauszubringen. Und sicher wären noch weitere Nummern erschienen, wenn nicht wieder der Angriff der Kapitalisten einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Erhöhte Arbeitslosigkeit setzte ein, in den Textilgebieten wurde Kurzarbeit eingeführt, bei den Tarifabschlüssen kamen die Jugendlichen immer schlechter davon. So war es trotz äußerster Kraftanstrengung nicht möglich, den „Jung-Prolet" weiter erscheinen zu lassen.

Nun ist er allen Hemmissen zum Trotz doch wieder auf dem Kampffeld! Der Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" hat alle Schwierigkeiten überwunden. In Breslau steht eine eigene Druckerei mit einer großen Rotationsdruckmaschine, auf der jetzt die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" gedruckt wird. Und mit allen anderen Beilagen kommt auch der „Jung-Prolet" wieder.

Just in dem Augenblick, wo die Kommunistische Jugend ihn am notwendigsten braucht, kommt er wieder heraus. Denn wir stehen heute an einem Wendepunkt in der Entwicklung unseres Jugendverbandes. Die alte, von den reformistischen Organisationen übernommene Form unseres Verbandes soll durch eine neue, den proletarischen Verhältnissen und den Aufgaben der KJD. in der proletarischen Revolution angepaßte Organisationsform ersetzt werden. Soll das bald und gründlich gelingen, dann müssen wir alle unsere jungen Kampfkräfte anspornen. Der „Jung-Prolet" wird uns dabei gute Dienste leisten. Und noch eins. Wir stehen in Schlesien am Ende einer alten und am Beginn einer neuen Agitationskampagne. In der vergangenen Arbeit ist es uns gelungen, in Oberschlesien unsere Organisation neu aufzubauen. Fast 300 Mitglieder sind dort organisatorisch erfaßt. Im übrigen Bezirk hat sich die Organisation sehr gefestigt, sie ist heute stabiler denn je. Nun müssen wir mit allen Kräften in die neue Kampagne hinein. Wir müssen die Erfahrungen eines jeden einzelnen, die in den letzten Wochen und Monaten gemacht wurden, verwerten und austauschen. Haben wir dazu eine bessere Tribüne als den „Jung-Prolet"? In seinen Spalten wollen wir unsere Diskussion führen. Und er soll uns beistehe stehen in der neuen Arbeit.

Wieder kommt er heute im neuen Gewand. Doch es ist der alte Freund. Gewiß, der vorliegenden Nummer mangelt es an Mitarbeiten der Genossen aus dem Bezirk. Sie mußte zu plötzlich erscheinen, als daß eine solche Mitarbeit möglich war. Die nächste Nummer wird schon besser sein. In ihr werden wieder die jungen Streiter für den Kommunismus zum Worte kommen.

Dieses Versprechen einzulösen, ist die Pflicht der Kommunistischen Jugend Schlesiens. Darum, ihr jungen Genossen und Genossinnen, schreibt für unsen „Jung-Prolet". Er ist euch eine Waffe, mit der ihr neuen Kämpfen und neuen Siegen entgegengehen könnt.

E.K.

Der 7. Reichskongreß der KJD.

Von Fritz Kitzel, Breslau.

Für die Entwicklung der Kommunistischen Jugend Deutschlands ist ihr 7. Reichskongreß, der Ostern 1923 in Chemnitz stattfand, von großer Bedeutung. Er stellt einen Wendepunkt in der gesamten Arbeit der KJD. dar.

Verschiedene Dinge geben dem Kongreß seine Bedeutung. Das wichtigste ist der Beschluß des 3. Weltkongresses der KJI. (Kommunistischen Jugend-Internationale), die nationalen Jugendverbände so umzustellen, daß ihre Entwicklung zur Massenorganisation möglich wird. Die Durchführung dieses Beschlusses vorzubereiten, war wichtigste Aufgabe des Reichskongresses. Die gespannte politische Lage, die gesteigerte Offensive des Kapitals und die seit einiger Zeit sehr heftig entbrannten Debatten über die Taktik der KPD. gaben dem Jugendkongreß fernerhin Bedeutung. Und schließlich mußte der Kongreß noch zurückschauen auf 19 Monate Arbeit, die hinter der KJD. liegen. Viele Erfahrungen wurden in dieser Zeit gesammelt. Sie für die weitere Arbeit des Verbandes praktisch zu verwerten, war eine Aufgabe des Chemnitzer Reichskongresses.

Aber noch in anderer Beziehung ist der letzte Reichskongreß bedeutungsvoll, und das möchte ich vorweg nehmen. Ich besinne mich eines früheren Reichskongresses (ich glaube es war der sechste im Dezember 1920 in Berlin), auf dem Genosse Münzenberg sagte: „Unserm deutschen Jugendverband fehlt etwas, das seine Arbeit hemmt, und das ist das innere Feuer, die Begeisterung für die Idee". Tatsächlich war seinerzeit wenig von Begeisterung zu spüren. Mochte es der Niederschlag all der Mißerfolge sein, welche die deutsche Arbeiterschaft nach ihrer November„revolution" gehabt hat, oder mochten dem andere Ursachen zugrunde liegen — die Tatsache war jedenfalls vorhanden. Heute können wir mit Stolz sagen, daß die KJD. diesen wenig erfreulichen Zustand längst und gründlich überwunden hat. Zeigte es sich schon auf dem vorjährigen Reichsjugendtag in Jena, so ward es noch deutlicher auf dem 7. Reichskongreß in Chemnitz offenbar: In den Herzen der deutschen Junglommunisten lodert jenes begeistrende Feuer, das die Jauen mitreißt, die Kräfte aufs Höchste anspannt und so Erfolge verbürgt. Helle Begeisterung herrschte unter den Kongreßteilnehmern in Chemnitz. Mit welchem Beifall wurden die Vertreter ausländischer Bruderverbände, besonders der französischen und der russischen kommunistischen Jugend, begrüßt. Der begeisterte Beifall der Jungen beim Begrüßungsabend am Karfreitag riß die Alten mit, sodaß buchstäblich Beifallsstürme den Saal durchtobten. In überschwenglicher revolutionärer Begeisterung wurden immer und immer wieder spontan revolutionäre Lieder angestimmt. Und auch der Reichskongreß wurde des öfteren bei besonderen Anlässen von solchen Beifallsstürmen unterbrochen. Das Feuer brannte in den Augen der jungen Kämpfer, als ihnen die Fahne überreicht wurde, die der russische kommunistische Jugendverband der KJD. geschickt hat. Mit welcher Glut von Begeisterung stimmten sie die „Internationale" an. Es ist einfach unmöglich, diesen enthusiastischen Ausdruck auch nur im entferntesten zu schildern. Wer das gesehen und gehört hat, dem ward klar: Mit derselben Begeisterung verrichten die Jungen ihre Arbeit. Mit demselben Feuer in den Augen gehen sie an der Ruhrfront ins Gefängnis und mit derselben enthusiastischen Glut werden sie für ihre Idee kämpfen bis zum Letzten!

Es scheint, dies sind nur Aeußerlichkeiten. Und doch merken wir bei unserer Arbeit, wie diese Begeisterung uns alle vorwärts reißt, wie sie uns neuen Erfolgen entgegenführt. Darum steht die Wendung, die in dieser Beziehung auf dem Reichskongreß festgestellt werden konnte, den anderen Fragen an Bedeutung nicht viel nach.

Und nun zum Kongreß selbst. Die Fragen, die dort zur Verhandlung standen, bilden

liegt noch ein großes Gebiet: Alle Fragen, ob wirtschaftlicher Kampf, ob Kampf gegen den Faszismus, ob Betriebszellen-Organisation, ob Bildungs- oder Sportfrage, laufen in einer Frage zusammen: Wie können wir als kommunistische Jugend mithelfen, die Bourgeoisie recht bald niederzuschlagen und die Arbeiterdiktatur zu erkämpfen?

Die wichtigste Aufgabe des 7. Reichskongresses war, die Durchführung der Betriebszellen-Organisation zu beraten, die auf dem 8. Weltkongreß der KJI. beschlossen wurde. Ueber die Frage selbst enthält die vorliegende Nummer des „Jungprolet" einen ausführlichen Artikel. Ich kann mir also sparen, darauf einzugehen. Nur eine Tatsache, die auf dem Reichskongreß bei der Diskussion darüber hervortrat, möchte ich erwähnen. Fast einstimmig wurden die Beschlüsse des Weltkongresses von den Delegierten gutgeheißen. Eine beachtenswerte Opposition dagegen trieb nur ein Teil der Berliner Delegation. Gerade diejenigen Genossen, die in den parteiaktischen Streitigkeiten „links" stehen, die immer die Forderung nach erhöhter Aktivität im Munde führen, stellen sich in dieser Frage hochbeinig. Sie sind konservativ eingestellt und möchten am liebsten von Betriebszellen-Organisation garnichts wissen. Da sie sich das aber nicht zu sagen getrauen, machen sie — Schaukelpolitik. „Prinzipiell — ja da ist dagegen nichts zu sagen. Aber . . ." und dann kommen alle Gegengründe. Erfreulich ist jedoch, daß dies nur ein Teil der Berliner Delegierten ist. Wir in der Provinz erwarten von dem übrigen Teil der Berliner Organisation, daß er mit besonderem Eifer an die Zellenbildung geht. Seine und unsere Erfolge werden dann die Berliner Opposition verstummen lassen.

Bei der Behandlung der Zellenorganisation waren sich die Kongreß-Delegierten völlig klar darüber, daß ihnen auf diesem neuen Boden mancher Tropfen Schweiß fließen wird. Es wird Mühe kosten, diesen Boden zu bearbeiten. Aber einmal beackert, wird er — diese feste Zuversicht haben wir alle — überreichlich Früchte tragen. Zur selben Zeit, da der Landmann sein Feld bestellt, haben auch wir mit der Arbeit begonnen! Ruhen wir nicht — und auch wir werden mit den Schnittern ernten.

Eine weitere wichtige Frage war die politische Lage und die sich daraus ergebenden nächsten Aufgaben unseres Verbandes. In

Die proletarische Schule

in der allen jugendlichen Proletariern und Proletarierinnen die geistigen Waffen

für den revolutionären Kampf

gegeben werden, nimmt die proletarischen Jugendlichen auf, die ihre Unterdrücker bekämpfen wollen. Es

ist die Kommunistische Jugend.

mehreren Sozialterroristen wurden, sie behandelt. Daß dabei auch die parteitaktischen Fragen diskutiert wurden, ist natürlich. In diesen Fragen stellte sich der Reichskongreß mit überwältigender Majorität hinter die Parteimehrheit. Die Tendenzen der sogenannten Linken wurden strikte abgelehnt. — Aus der Analyse der politischen und wirtschaftlichen Lage ergaben sich zwei Hauptaufgaben: der Kampf gegen die Verelendung des Proletariats und der Kampf gegen den Faszismus. In der Erfüllung dieser beiden Aufgaben liegt die Anwendung der Einheitsfronttaktik auch unter dem Jungproletariat und die Unterstützung des erwachsenen Proletariats im Kampf um die Arbeiterregierung. Dabei fallen der proletarischen Jugend wiederum Spezialaufgaben zu. So konzentriert sich unser Kampf gegen die Verelendung in der Abwehr des Arbeitszeitgesetzes. Im Kampf gegen den Faszismus — der aus Zeitmangel auf dem Kongreß leider zu wenig behandelt wurde — fallen der Jugend spezielle propagandistische Aufgaben unter den Jungproletariern zu, die faszistischen Organisationen angehören. Wir werden zu allen diesen Fragen in den nächsten Nummern des „Jungprolet" Stellung nehmen.

Sehr gründlich wurde auf dem Reichskongreß die Arbeit unseres Verbandes seit dem letzten Reichskongreß überprüft. Es wurde dabei festgestellt, daß die KJD. heute mehr aus jüngeren Mitgliedern besteht als früher. Diese an sich erfreuliche Tatsache brachte eine Entpolitisierung mit sich. Wir müssen uns nun anstrengen, dieselbe durch Schulung unserer Mitglieder zu beseitigen. Das geschieht am besten dadurch, daß wir innerhalb der KJ. zu allen politischen und parteitaktischen Fragen Stellung nehmen und dadurch die Mitglieder anhalten, sich mit diesen Fragen zu befassen. In dieser Beziehung bedeutete schon der Reichsausschuß im Februar in Hamburg — der sich eingehend mit den politischen und parteitaktischen Fragen befaßte — eine Wendung. Einen weiten Raum nahmen bei Betrachtung der hinter uns liegenden Arbeiten, die Lehren unseres wirtschaftlichen Kampfes und besonders die der Betriebsrätebewegung ein. Vorhandene Mängel wurden offen gekennzeichnet und dadurch eine sehr fruchtbare Kritik und Debatte ermöglicht. — Einen guten Abschluß der 19monatlichen Tätigkeit des Verbandes bildete die kurz vor dem Reichskongreß durchgeführte antimilitaristische und antifaszistische Kampfwoche. Sie war die erste große Aktion, die von der KJ. selbständig durchgeführt wurde. Und überall hat diese Aktion gute Erfolge gezeitigt. Sie soll jetzt ihre Fortsetzung finden bis zur Vereinigung der zentristischen und reformistischen Jugendinternationalen im Mai d. J. in Hamburg.

Wegen Mangel an Zeit konnte auf dem Reichskongreß auch die Bildungsfrage nicht genügend Beachtung finden. Es wurde aber den Delegierten Material zur Verwertung in den Bezirken und Gruppen mitgegeben. Die Sportfrage wurde aus demselben Grunde von der Tagesordnung abgesetzt. Alle die Fragen, die der Reichskongreß nicht behandeln konnte, sind von größter Wichtigkeit für unseren Jugendverband. Wir müssen sie darum nun in den Bezirken und Gruppen behandeln und mit den erforderlichen Arbeiten beginnen. Die Resolutionen und Thesen des Reichskongresses geben gute Anleitung dafür.

Zum Schlusse sei noch eine Neueinrichtung des Reichskongresses erwähnt. Es wurden für alle Spezialfragen Sektionen bezw. Kommissionen geschaffen. Diese tagten außerhalb der Kongreßtagung und konnten — da sie eine kleinere Körperschaft waren — mehr Arbeit leisten als der Kongreß selbst. Außerdem konnten mehrere Kommissionen zu gleicher Zeit ihre Sitzungen abhalten. Dadurch wurde dem Kongreß sehr, sehr viel Arbeit abgenommen. Wir werden gut tun, wenn wir diese Einrichtungen auch auf unseren Bezirkskonferenzen treffen. Denn unsere letzten schlesischen Bezirkskonferenzen mußten regelmäßig einige Punkte der Tagesordnung streichen, weil es an Zeit mangelte.

Am Abend des Ostermontags wurde in verhältnismäßig später Stunde der 7. Reichskongreß geschlossen. Er hat in den drei Tagen nicht alle Aufgaben erfüllen können. Die wichtigsten und notwendigsten Arbeiten hat er aber erledigt!

Theoretisch hat er auf Grund einiger praktischer Erfahrungen die Betriebszellenarbeit geklärt. Jetzt kommt es darauf an, sie in allen Bezirken in die Tat umzusetzen. Wir haben in Schlesien nicht den schlechtesten Boden. Darum jögern wir nicht lange. Steigern wir die Arbeit und fangen wir überall mit der Gründung von Betriebszellen an!

Zu den parteitaktischen Fragen hat der Reichskongreß nochmals die Stellung der KJ. aufgezeigt. In unserer schlesischen Bezirksorganisation bestehen darüber keine Streitigkeiten. Sorgen wir, daß die Einmütigkeit mit Klarheit gepaart wird.

Alles in allem: Verwerten wir die Arbeiten des 7. Reichskongresses im Bezirk, erfüllen wir die Pflichten, die er uns auferlegt — und wir kommen der kommunistischen Massenorganisation um vieles näher.

Die Betriebszellen-Organisation.

Von Max Gläser, Breslau.

Schon vor dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Jugendinternationale wurde von einzelnen Gruppen in den verschiedensten Bezirken der Versuch gemacht, das Schwergewicht der gesamten Arbeit in die Betriebe zu verlegen. Die Beschlüsse des 2. Weltkongresses, Betriebsfraktionen zu bilden, waren zum Teil durchgeführt. Und doch blieb der erwartete Erfolg aus.

Der 3. Weltkongreß der KJI. mußte also von neuem die Lage unserer Organisation prüfen und die Fehler suchen, die bisher die Entwicklung der KJD. zur Massenorganisation verhinderten. Die Tatsache, daß trotz aller Bemühungen die proletarischen Jugendlichen den Weg zur kommunistischen Jugend nicht fanden, ließ den Kongreß zu der Auffassung kommen, daß neue Wege beschritten werden müssen. Es wurde erkannt, daß die bisherige Organisationsform (Aufbau des Verbandes nach Wohnbezirken) überlebt ist. Der Weltkongreß sahte darum den Beschluß, aus territorialem, d. h. nach Wohnbezirken aufgebauten Gruppen Betriebszellen zu schaffen und die Organisationsform zu ändern.

Auf unserer letzten Bezirkskonferenz, die am 4. März in Breslau stattfand, wurde die Frage der Betriebszellenbildung zum erstenmal vor einer größeren Anzahl von Funktionären aus den Gruppen des Bezirks aufgerollt. Die Meinung der einzelnen Delegierten war damals noch schwankend, denn keine Gruppe konnte über Erfahrungen, die auf diesem Gebiete bereits gemacht wurden, berichten. Trotzdem wurde von der Bezirkskonferenz der Beschluß des 3. Weltkongresses gutgeheißen und die Durchführung der Betriebszellenbildung beschlossen. Die Tatsache, daß unsere Bezirksorganisation noch sehr jung ist und selbst bei Beibehaltung der alten Organisationsform noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten hat, läßt vielen Mitgliedern unserer Organisation die Notwendigkeit einer organisatorischen Umstellung noch nicht erkennen. In weiten Gebieten Schlesiens besteht überhaupt noch keine Kommunistische Jugend. Die Ortsgruppen sind deshalb darauf eingestellt, in ihrer Nähe liegende Orte zu bearbeiten, um so die Bezirksleitung bei der Neugründung von Ortsgruppen zu unterstützen. Diese Gruppen werden dann natürlich in der alten Form aufgebaut. Wohl haben wir die Möglichkeit, durch diese Arbeit unsere Organisation ganz wesentlich zu vergrößern, aber niemals werden wir auf diesem Wege zur Massenorganisation kommen. Und warum? Die Masse des Jungproletariats ist in den Großbetrieben zusammengefaßt. In unseren territorialen Ortsgruppen haben wir in der Mehrzahl Lehrlinge, Kaufmannsjugend, Dienstmädchen usw. organisiert. Nur in einzelnen Gebieten (z. B. Oberschlesien) ist dies anders. Die Mitgliederzusammensetzung unserer Organisation nach Berufsarten entspricht allgemein betrachtet in keiner Weise der Verteilung des Jungproletariats auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Das ist die Ursache, warum wir bisher noch keine Massenorganisation sind. Statt auf die Massen des jugendlichen Industrieproletariats ist unsere Organisation eingestellt auf Handwerksjugend usw.

In unseren Heimabenden werden Wirtschafts- und Betriebsfragen wenig behandelt. Die Zeit ist angefüllt Debatten über theoretische Fragen, und ähnlichen Dingen. Einspruch aus dem Grunde, weil diese Fragen die Mitglieder unserer Organisation mehr interessieren. Welches besondere Interesse hat schließlich auch ein Hausmädchen an Betriebsfragen oder ein Handwerkslehrling an einer Debatte über den Kampf gegen Ueberschichten. Alle Genossinnen und Genossen werden wohl mit mir übereinstimmen, daß diese Art Ortsgruppenleben wohl unsere Mitglieder beschäftigt und ihr Wissen bereichert, daß es aber keineswegs den Jugendlichen der Großbetriebe, die nicht in unsere Heimabende kommen, irgendwie vor Augen ist oder sie interessiert. Wir müssen deshalb die Fragen, an denen die großindustrielle Jugend interessiert ist, in den Vordergrund unserer Arbeit stellen. Der wirtschaftliche Kampf, Kampf gegen die Ausbeutung der Jungarbeiterschaft, gegen Akkordarbeit usw., für Verkürzung der Arbeitszeit, für ausreichenden Lohn usw. muß in den Vordergrund unserer Heimabendberatungen gestellt werden. Aber das genügt nicht! Die Massen der Jungarbeiterschaft kommen ja nicht in unsere Heimabende, die geben ja in Kinos, Varietees und auf den Tanzböden und können nichts von den schönen Diskussionen über Betriebsarbeit, die wir in unseren Heimabenden pflegen.

Ein Sprichwort sagt: „Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, muß der Prophet zum

Die Kampftruppe des Jungproletariats

vertritt die Interessen aller Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter u. Arbeiterinnen. Sie kämpft unerschrocken und zähe

gegen jede Unterdrückung

der werktätigen Jugend, für ihre Befreiung. Darum junge Arbeiter und Arbeiterinnen, tretet ihr sofort bei. Es

ist die Kommunistische Jugend.

Ruinen.

Eine Osterwanderung.

An der Saale hellem Strande
stehen Burgen stolz und kühn.
Ihre Dächer sind zerfallen —
und der Wind streicht durch die hallen
Wolken ziehen drüber hin.

Stolz und kühn ragen rechts und links der Saale steile Felsen empor. Mancher von ihnen ist gekrönt von den Ruinen einer einstmals trutzigen Ritterburg. Grau und gespensterhaft ragen die Türme gleich den mageren Fingern eines Toten zum Himmel. Dem, der ihre Sprache versteht, erzählen diese Ruinen allerlei Dinge. Sie berichten von Kämpfen, die dereinst um ihre Mauern tobten, von Kampfspielen und Festgelagen. Sie erzählen auch von einem Unterdrückergeschlecht, daß diese Burgen erbaute und von ihnen aus den Despotenstab handhabte. Jenen grauen Mauern, jenen zerfallenen Hallen galt der Ausflug, den zwei Breslauer Jugendgenossen nach dem Chemnitzer Reichskongreß der KJD. unternahmen.

Schreibend und pustend verläßt der Zug den Bahnhof von Halle, dem „blutroten Herz Mitteldeutschlands", wie die Stadt von der Hallenser Arbeiterschaft mit Stolz genannt wird. In eiliger Fahrt gings nach Thüringen zu. Vorbei am bekannten Leunawerk. Ein gewaltiger Kompleg von Fabrikstellen (14 an der Zahl), Maschinensälen und Lebrhärtern, ein Labyrinth von Eisenbahnsträngen, Eisengerüsten und Kränen. In die 2000 Arbeiter sind in diesem Werke zusammengepfercht, schuften tagein tagaus in dieser verdammten Stadt. Bei diesem Anblick wird jedem klar: das ist der Höhepunkt des Kapitalismus! Es ist Massenausbeutung schlimmster Sorte, aber auch vollendetster Art! Diese gewaltigen Werke, diese Riesenkräne, die sausenden und pfeifenden Maschinen werden nur von Proletariern, von Ausgebeuteten gelenkt. Ob Ingenieur, Arbeiter oder Lokomotivführer, alle sind Proleten. Die Kapitalisten, die Aktionäre sind weitab vom Schuß. Das Werk läuft ohne sie. Es harrt der Stunde, da die Proletarier es in ihren Besitz nehmen. —

In Bad Kösen steigen wir aus. Ein „Bad" im bürgerlichen Sinne. Die Salinen schaffen eine reine, würzige Luft und machen so dem „Erholung" suchenden Bourgeois den Aufenthalt angenehm. Heilsame Solbäder ziehen die feisten Herren und Damen noch besonders an. Nach Besichtigung des Gradierwerks machen wir uns auf den Marsch nach den Burgen. Wir müssen über die Saale setzen und benutzen eine Fähre, die von einem 17jährigen Mädchen bedient wird. Nach Jungenart geht Fritz dem Mädchen eifrig zur Hand, den Kahn ans andere Ufer zu bringen. Dabei stellt er scherzhaft die Frage: „Kann man denn hier nicht angestellt werden?" Das Mädchen antwortet im heimischen Dialekt: „Das würden Sie bald satt kriegen." Was aber liegt in diesen wenigen nackten Worten? Erbitterung, Anklage, Resignation. Und uns allen wird sogleich wieder die fürchterliche Verrücktheit unserer „gottgewollten Gesellschaftsordnung" zu Bewußtsein geführt. Im Kurpark von Bad Kösen tummeln sich Bourgeoisjünglinge auf den Bänken umher, und wenige hundert Meter entfernt begräbt ein Proletariermädchen seine Jugend bei einer armseligen Flußfähre. Warm und herzlich verabschieden wir uns von dem Mädchen. —

Da lagen sie vor uns, die einst unbezwingbaren Burgen der Ritter. Steil strebt der Felsen zum Himmel empor. Am seinem Fuße plätschern leise die Wellen der Saale. Ebenso steil und kühn wie die Felsen ragen die Burgmauern in die Höhe. Scharf und markant heben sich Türme und Zinnen vom Firmament ab. Hintergrund ist nichts als der blaue, unendlich weite Himmel. Ganze Völker von Krähen nisten in den alten Mauern und erinnern mit ihrem Krächzen eindringlich an längst vergangene Zeiten. Da links steht die Rudelsburg, die noch besterhaltene. Sie thront hoch oben auf einem steilen Felsen. Es scheint, als ob sie noch heute allen menschlichen Eroberungsversuchen trotzen wollte. — Ganz in der Nähe winkt von einem kleineren Bergkegel die Burgruine Saaleck herab. Zwei runde Türme, vom Zahn der Zeit schon arg zerfressen, sind die letzten Reste.

Bevor wir zu den Burgen kommen, müssen wir an zwei Denkmälern vorüber: dem Kaiser Wilhelm- und dem Bismarckdenkmal. Diese Denkmäler sind zwar noch keine Ruinen (und darum verunzieren sie die Gegend außerordentlich!). Doch sie erinnern daran, daß das System jener Männer längst gebrochen ist — ohne Ruinen zu hinterlassen. Gestürzt ist die Monarchie und die Stinnesdiktatur triumphiert über die Junkerpolitik Bismarcks. So kommen diese Denkmäler den Ruinen gleich: Zeichen vergangener, überlebter Zeiten.

Einen Spaß müssen wir erzählen! Wenige Tage vor uns waren die roten Naturfreunde dort oben. Sie umringten das Wilhelm-Denkmal und sangen:

Hoch die Hohenzollern, hoch die Hohenzollern,
hoch die Hohenzollern an 'n Laternenpfahl!

Die zuschauenden Bürger grunzten anfangs beifällig mit, machten aber lange und verdutzte Gesichter, als die „Erleuchtung" kam.

Die Rudelsburg bot viel Sehenswürdigkeiten. Im Rittersaal prangen noch einige verrostete Speere und Schwerter und auch ein Kettenhemd (ebenfalls eine Ruine!) hat man für das schaulustige Publikum hängen lassen. In großen Wandbildern ist das „Niebelungenlied" dargestellt. „Die deutscheste der deutschen Sagen", wie anscheinend der patriotische und geschäftstüchtige Wirt durch ein Plakat verkündet. — Vom Turm der Rudelsburg ist eine herrliche Aussicht ins Tal gestattet. Hier standen die Posten der alten Ritter — just, wo wir gerade stehen — und hielten Ausschau nach den „Pfeffersäcken", d. h. nach Kaufleuten. Ließ sich ein Opfer sehen, dann gings mit Roß und Rüstung windesschnell hinab. — Wir senden nur unsere Blicke nach unten. Und wir grüßen den Landmann, der sein Feld bestellt, wir grüßen unsere Brüder hinter den Mauern der Portland-Zementfabrik, die dort ihre Gesundheit dem Moloch Kapital opfern. Ein D-Zug fährt rasselnd durchs Tal. Aus einem Abteil 1. Klasse winkt uns ein Dämchen lustig entgegen. Sie hält uns für ihre Klassengenossen. Wir knirschen grimmig die Zähne „Elendes Bourgeoissiegesindel! Ihr fahrt sorgenlos in die Sommerfrische, während unsere Brüder bis zum Weißbluten von den Maschinen gepeinigt werden, Euch zum Nutzen! Und schon übermorgen stehen auch wir wieder an den Folterinstrumenten des Kapitalismus!" Mit geballter Faust drohen wir zurück.

Die Saaleck ist bald erklettert. Die Ruine selbst darf nicht betreten werden, denn sie ist Privateigentum (?) des bekannten Reaktionärs Dr. Stein. Ein kurioser Widerspruch, eine solche Burg einem Menschen als persönliches Eigentum zu überlassen! Die Burgruine Saaleck ist weniger interessant. Zwei runde Türme; der eine verschlossen, der andere zerfallen. In dem bewohnten Turme haben sich die Rathenaumörder aufgehalten und erschossen. Sie sind unten im Dorfe Saaleck begraben worden. Oben auf der Rudelsburg werden Karten von den Gräbern der „Leutnants" Kern und Fischer verkauft. Die Mörder gelten dort oben als Helden. Ob das damit zusammenhängt, daß dort oben Strauchritterbiologie herrscht, konnten wir nicht feststellen. Jedenfalls ist die alte Jungfer, die auf der Rudelsburg Ansichtskarten verkauft, von beiden sehr begeistert. Als sie hörte, wir sind von Breslau, erkundigte sie sich gleich, ob wir die Familie Kern kennen. Wir gaben ihr zu verstehen, daß wir mit diesem reaktionären Mordgesindel nichts zu tun haben.

Im munteren Marsche gings nach Kösen zurück. Noch vieles erlebten wir. Das Papier ist zu knapp, es zu erzählen. Im Orte trafen wir eine Anzahl Arbeiter, die stolz den Sowjetstern trugen. Wir hatten Gelegenheit, mit einem Genossen zu sprechen. So erfuhren wir, daß auch in diesem reaktionären Nester der Kommunismus keimt. Möge er wachsen und gedeihen!

*

Unsere Tour ist beendet. Sie hat uns viel genützt für den weiteren Kampf. Denn wir haben die verfallenen Burgen der Raubritter anders betrachtet, als der Durchschnittsbürgerlichen. Der Bourgeois geht hin, um sich zu amüsieren, der Spießer brüstet sich oben mit seinen schlechten historischen Kenntnissen und der landläufige Wandervogel verfällt in geradezu hysterische Sentimentalität beim Anschauen der verwitterten, „ehrwürdigen" Mauern. Wir aber betrachten die Ruinen, um daraus zu lernen. Wirklich, man kann vieles aus ihnen lernen. Vor allem eines: Jede unterdrückende Macht zerfällt! Selbst diese stolzen, starken Burgen sind zerfallen. Sie, die einst unbezwingbar waren, sind heute Trümmer. Und mit ihnen ist das Unterdrückertum der Ritter gebrochen worden. Dieser Anschauungsunterricht gibt uns die Zuversicht: Möge der Kapitalismus noch so fest stehen, er wird zerbrochen. Er muß der proletarischen Macht weichen. Und diese? Wird auch sie zerschlagen? Nein, sie wird sich selbst aufheben, wird von selbst verschwinden, wenn alle Unterdrücker beseitigt sind. Und wir sehen weit, weit hinten am Horizonte die Gesellschaft der befreiten Menschheit, den Kommunismus leuchten. . .

Wir schließen die Augen. Im Geiste sehen wir die Ruinen des Kapitalismus. Das sind keine Burgen, keine zerfallenen Mauern. Nein, die Burgen der Kapitalisten bleiben stehen, sie werden mit den Menschen befreit! Die Ruinen aber sind Berge von Leichen, gerammt in der Ausbeutungsmaschine, zerfetzt im Völkermorden, zertreten im Weltkrieg. Und auf diesen Leichenbergen sind Galgen errichtet. Viele, unzählige. An den Galgen hangen fette Menschen, wohlgenährt, gut gekleidet. Die Ausbeuter, die Tyrannen, die Kapitalisten sind gerichtet.

Oh, blutig und grausenhaft ist der Sturz des Kapitalismus. Und doch — er ist notwendig. Und er ist schön! Denn er bringt uns Befreiung, Erlösung von der Tyrannei! Wahrlich, das blutige Bild schreckt manchen zurück, doch wir müssen durch! So wird es kommen, nein, so ist es schon gekommen! Schon häufen sich die Leichenberge — und noch fehlen ihnen die Kronen. Darum helfen wir alle mit. Wir machen den Weg kürzer und kommen eher ins Sommerland des Kommunismus.

Max und Fritz aus Breslau.

„Der Handel soll der kommunistischen Agitation dienen".

Die DAZ. läßt sich durch einen eigenen Bericht aus Königsberg den „Wortlaut der den russischen Handelsvertretern im Ausland von Moskau aus übersandten Instruktionen" melden, worin die folgenden Weisheiten verzapft werden:

„Der Handel soll der kommunistischen Agitation dienen. Unter der Arbeiterschaft und im Militär der betreffenden Ausländerstaaten ist die Stimmung der Unzufriedenheit zu schüren, Streiks sind zu organisieren. In den Geschäftsrayons der Städte sind Niederlassungen zu gründen, die möglichst luxuriös auszustatten sind. Die Kommissionsmitglieder haben in besten Hotels zu wohnen, glänzende Diners zu veranstalten und auf alle Art in kapitalistischen Kreisen Eindruck zu machen. Hierdurch hofft man die Anerkennung der Räteregierung durch die Großmächte wesentlich zu fördern. Es muß versucht werden, die Presse zu erkaufen. Weiter haben die Handelsagenten sich in erster Linie zu bemühen, den Kommunismus unter Matrosen und Soldaten zu verbreiten. Die Arbeiter sind mit Waffen zu versehen. Ständig sind Gerüchte über bevorstehende Kriegsgefahren im Umlauf zu halten, und die Liquidierung der Schutzorganisationen des betreffenden Staates sind (so schreibt die DAZ., die noch nicht deutsch kann) anzustreben."

Die DAZ. versichert freudestrahlend, „die Instruktion sei u. a. von Bucharin gezeichnet."

Wir haben auch noch die Ausführungsbestimmungen zu dieser Instruktion in der Hand. Darin heißt es:

„Beim Einkauf von Hosen ist unbedingt der Verkäufer zu fragen, ob er für die Diktatur des Proletariats ist. Beim Verkauf von russischem Flachs muß der Käufer eidesstattlich versichern, daß ihm der Popo von Bela Kuhn anbetungswürdiger ist als die Mutter Gottes von Czenstochau. Dadurch wird der Handel der kommunistischen Agitation dienstbar gemacht. Die Stimmung der Unzufriedenheit ist dadurch im Ausland zu schüren, daß bemerkt wird, daß die Giftgase, mit denen man aus französischen Kanonen auf deutsche oder französische Proleten schießen wird, in den patriotischen deutschen Anilinfabriken fabriziert werden. Gleichzeitig muß ein Einkäufer der russischen Handelsdelegation, wenn er z. B. nach Dortmund kommt, im Fürstenhof eine Zimmerflucht von 7 Gemächern mieten und im „Generalanzeiger" die Annonce einrücken: „Der Fürst von Bolivien und Handelsvertreter der Sowjetrepublik schürt im Fürstenhof die Unzufriedenheit, organisiert Streiks, und verteilt auch Waffen an die Arbeiter. Matrosen sind besonders eingeladen und können lebende Goldfische dort schlucken."

Diese Ausführungsbestimmungen sind nicht nur von Bucharin unterzeichnet, sondern auch vom deutschen Gesandten in Moskau, dem Grafen Brockdorf-Rantzau und ungenannten aber verantwortlichen Chefredakteur der DAZ.: Karlchen Miesnick von Stulsendorf.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Vom Tage.

Ein Brief aus dem Ruhrgebiet.

Wertlib, den 9. 3. 1923.

Deinen Brief haben wir erhalten und sagen Dir herzlichen Dank. Wir haben daraus gesehen, daß Ihr es gut meint mit uns. Aber jetzt ist es zu spät, denn es fahren wohl Züge, aber nicht für Zivil, sondern bloß für Franzosen. Den Westerholder Bahnhofsvorsteher haben sie jetzt ausgewiesen und sämtliche Eisenbahnarbeiter von der Arbeit gejagt. Hier wird jetzt ein über den anderen Tag gestreikt. Einmal haben sie den Oberbergrat verhaftet, dann wieder einen Geheimrat, und dann den Oberbürgermeister von Buer, dann den Amtmann von Mark; und für jedes „Hohe Tier" wird gestreikt. Am Sonntag, dem 4. März, wurde hier auf der Kokerei ein Arbeiter von einem französischen Posten erschossen. Er hatte nicht weniger als 5 Schüsse gehabt. Für diesen Arbeiter haben wir auch gestreikt, aber da solltest Du mal den Krach gehört haben. Das wollte doch die Verwaltung nicht zulassen, denn für diese Proteststreiks müssen sie die Schicht bezahlen. Ob's nun „Hohes Tier" ist oder ein einfacher Arbeiter, wir haben uns gesagt, wenn wir für diese Geldpatrioten und Börsenschieber in einen Streik gehetzt werden, die das Industriegebiet für ein Butterbrot verkauft und unsere Löhne so niedrig gestellt haben, daß unsere Familien bald dem Hungertode nahe waren, dann streiken wir auch für unseren Klassengenossen; dem war sein Leben gerade so lieb, wie dem Oberbergrat das seinige lieb ist.

Die Zustände, wie sie augenblicklich hier sind, kannst Du Dir nicht vorstellen. In Bochum, Essen, Gelsenkirchen und in noch vielen anderen Städten hat man sämtliche Schupo entwaffnet und dann ausgewiesen. In diesen Orten geht es hoch her. Dort bilden sich ganze Rudel von hundert und noch mehr Studenten und sonstigem Bürgerpack, die die Geschäfte plündern, nur daß der Franzose nichts kriegen soll. Hierbei geben sie sich als „Kommunisten" aus, um die streikende Masse bloß in einen Aufstand zu hetzen. Aber sie haben sich schon blutige Köpfe dabei geholt, denn wir haben dagegen Betriebswehren geschaffen, die diesen Lumpen die ihnen gebührende Abreibung gibt. Wie die Schupo noch da war, hat diese saubere Polizei den Lumpen noch geholfen, jetzt, wo sie nicht mehr da ist, können wir mit ihnen abrechnen. Aber dieses Pack ist bewaffnet mit Maschinenpistolen und allerlei andere Sachen. In Essen haben sie zwei Arbeiter erschossen, die diese Lumpen hindern wollten, ein Lebensmittelgeschäft zu plündern.

Nun kannst Du Dir so ungefähr ein Bild machen, wie es hier aussieht; auf der einen Seite der Franzose und auf der anderen Seite die eigenen „Volksgenossen". Jeden Augenblick kann das Unheil hereinbrechen. Was uns noch bevorsteht, ist unübersehbar. Jedenfalls gehen wir schlimmen Zeiten entgegen.

Und noch eins: Wenn bei Euch mal gesammelt wird für die Ruhrspende, so gib keinen Pfennig dabei, denn von diesen Geldern bekommen wir doch keinen Pfennig. Das Geld wird bloß für diese eingewanderten Schwarze verbraucht. Sage das auch Deinen Kumpels!

Lieber die Franzosen.

Der frühere Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hielt kürzlich eine langweilige, allerdings stramm nationalistische Rede in Gernrode. Nach dem Bericht der „Tribüne" für Magdeburg-Anhalt bestand das Referat des Sozialdemokraten Schmidt zu einem großen Teil aus einer wüsten Beschimpfung Sowjetrußlands. Die russischen Genossen seien verantwortlich dafür, daß Millionen Menschen verhungert seien. Weiter sagte dieser Sozialdemokrat: „Lieber die Franzosen als Feinde im Lande, als die Russen als Freunde."

Dieser Kommunistenfresser wird bereits von einem großen Teil der VSPD.-Arbeiterschaft als Schädling im proletarischen Lager bezeichnet. Aber für die Vertreter des zusammenbrechenden Kapitalismus sind solche Leute wie Robert Schmidt unbezahlbar. Nach den Reaktionären wird Schmidt gegebenenfalls die französischen Bajonette ins Land ziehen, um nicht nur gegen die „bolschewistische Gefahr", sondern auch gegen das revolutionäre Proletariat Deutschlands den Todesstoß zu führen. Robert Schmidt ist einer der VSPD.-Führer, die die Arbeiter abschütteln müssen ins Lager der Bourgeoisie.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Kollege Scheffel in Breslau.

Der Ortsverwaltung Breslau des DGB. ist es gelungen, den 1. Vorsitzenden des DGB. nach Breslau zu verpflichten, der die undankbare Aufgabe übernommen hat, die bisherige Taktik des Vorstandes in Lohnbewegungen usw. in einer öffentlichen Eisenbahnversammlung am 13. April im Zentralballsaal zu verteidigen. Auf Grund der letzten Lohnbewegung, die ungeheuren Staub aufgewirbelt hat, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für Massenbesuch Sorge zu tragen.

Zur Lohnbewegung in der Breslauer Metallindustrie.

Das in der Breslauer Metallindustrie bis 31. 3. in Kraft befindliche Lohnabkommen wurde im Februar von Arbeitnehmerseite gekündigt. Die neuen Forderungen waren keine grundsätzlichen (Abschaffung des berüchtigten Dresdener Systems) sondern, nur bescheidene Abänderungsforderungen. Die Wesentlichen lauten, Erhöhung der Standardziffer auf 1500 Mk., prozentuale Höherführung der unteren Gruppen, Ausschaltung der 3. Klasse A und Gewährung von mehr Urlaub. Dem einleitenden schriftlichen Verkehr folgte am 28. 3. ein mündlicher Meinungsaustausch, worauf dann am 31. 3. die drei höchsten Spitzen dieser und jener Seite verhandelten. Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde nun am Donnerstag voriger Woche den Vertrauensleuten der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern zur Stellungnahme vor gelegt. Es lautet, Erhöhung der Standartziffer abgelehnt, Ausschaltung der Klasse A abgelehnt, Gewährung von mehr Urlaub abgelehnt, ein prozentuales Höherrücken der unteren Gruppen wird nur bei Gruppe 4 gewährt. Was die sonst gewährten Verbesserungen anbetrifft, so sind dieselben materiell von weniger Bedeutung, der Gewährung dieser steht aber gegenüber die Forderung der Arbeitgeber, Wegfall der bisher gewährten 5 Minuten Waschpause vor Feierabend. Die bis zur höchsten Instanz (Bezirksleiter Timm) vollzählig anwesende Spitze empfahl unter Hinweis auf die schlechte Konjunktur (bei den LHW. werden kräftig Ueberstunden geschoben) und anderen triftigen Gründen die Annahme dieses Angebots. Zur Frage der Waschpause wurde die Anrufung des Schlichtungsausschusses empfohlen, natürlich müßte man sich dann dessen Spruch fügen. Die Aussprache war stumpf und zeugte von viel Gleichgültigkeit. Sie drehte sich meistens um die Frage der Waschpause und nur wenige Kollegen gingen auf den Kern der Sache ein. Zum Schluß gelangte noch ein unklar gehaltener Antrag zur Annahme, der nochmalige Verhandlungen vorsieht. Zu guterletzt ließen sich die Vertrauensleute übertölpeln und erteilten der Verhandlungskommission Vollmacht zu allem weiteren.

Alles in allem ist zu sagen: die ehemals als Vortrupp in der Arbeiterschaft marschierenden Metallarbeiter haben es wirklich weit gebracht, sind heute der Hemmschuh für die übrige Arbeiterschaft geworden. Bei den meisten Lohnverhandlungen verweisen die Arbeitgeber auf die Löhne in der schwer arbeitenden Metallindustrie. Immer ohnmächtiger gestaltet sich die bewährte Taktik, die da lautet, alles durch Ueberredung am grünen Tisch, alles unter Ausschluß der breiten Kollegenschaft. Das Ergebnis ist: Nicht das kleinste Reformchen kommt mehr zustande.

Von einer Gewerkschaftsbewegung ist nicht mehr zu reden, denn ein Kriegerverein entwickelt wirklich mehr Aktivität zur Durchsetzung seiner Forderungen. Der Lachende bei all dem ist der Arbeitgeber. Er schüttet die Dividenden in Gold aus. Wann werden die Metallarbeiter brechen mit dieser Wurstelei, Zeit wird es.

Herabsetzung der Löhne bei den Bekleidungsarbeitern.

Der Bekleidungsarbeiterverband Breslau schreibt uns:

Unserem Bericht vom 22. v. Mts. ist noch nachzutragen, daß nach neueren Verhandlungen der Spitzenorganisationen in der Herren- und Damen-Maßbranche die Löhne heruntergesetzt worden sind. Die Spitzenlöhne betragen ab 17. bezw. 18. März für Herren-Maßschneider 1200 Mk., Damen-Maßschneider 1050 Mk., Damen-Maßschneiderinnen 900 Mk. pro Stunde. Die Verschlechterungen beruhen in der Hauptsache auf der Versetzung von Gruppe 8a in Gruppe 8b. Sie betragen bei den Herren-Maßschneidern 50 Mk., Damen-Maßschneidern 60 Mk., Damen-Maßschneiderinnen 40 Mk. pro Stunde. Weitere Verschlechterungen sind eingetreten bei den Stück (Akkord-)Schneidern, für welche die Feiertage nicht mehr bezahlt werden. Bei den übrigen Arbeitnehmern werden in Zukunft nur fünf bestimmte Feiertage bezahlt. Heimarbeiterzuschlag bleibt mit 10 Prozent Vergütung bestehen. Der Schiedsspruch sah 12½ Prozent Entschädigung vor.

Lokales.

Breslau.

Die Not der Breslauer Erwerbslosen wächst.

Ueberfüllte Erwerbslosenversammlung in Schießwerder. Neue Forderungen der Erwerbslosen: 100prozentige Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung. Lieferung von Freikohle und billigen Lebensmitteln. Doppelte Unterstützung für die Feiertagswoche. Dringende Inangriffnahme von Notstandsarbeiten.

Am Dienstag, den 10. April fand im Schießwerder eine von Tausenden von Arbeitslosen besuchte Versammlung statt. Saal und Gallerien waren überfüllt. Das Mitglied des Erwerbslosenrates Rahnisch hielt einen Vortrag über das Thema:

Was gedenken Magistrat und Regierung zu tun, um die täglich wachsende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen?

Redner forderte die dringende Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, die die Behörden versprochen, aber noch nicht unternommen haben. Das Elend der Arbeitslosen wachse von Tag zu Tag, während andere Städte beispielsweise Dresden und Berlin, für die Feiertagswoche die doppelte Unterstützung bewilligt haben, erklärte der Magistrat Breslau, hierfür kein Geld zu besitzen. Redner wandte sich ferner scharf gegen die Pflichtarbeit, an der der Magistrat immer noch festhalte. Die Diskussion war außerordentlich lebhaft.

Erwerbslosenrat Schorstein ergänzte die Ausführungen Rahnisch's und wies daraufhin, daß die Pflichtarbeit jetzt nur durch einen Beschluß von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu beseitigen sei. Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion müßte veranlaßt werden, die Pflichtarbeit zu Fall zu bringen. Vom Magistrat sei, solange die Pflichtarbeit besteht, zu fordern, daß er vor allen Dingen die nicht mehr Unterstützungsberechtigten und Ausgesteuerten zu jenen Arbeiten heranziehe, um auf diese Weise den am schlecht gestelltesten Arbeitslosen einen Verdienst zu geben. Genosse Brehm vom Bund der schaffenden Landwirte wies auf den agrarischen Wucher, sowie auf die Spekulationsgewinne, die mit Grund und Boden erzielt werden, hin. Er forderte die Arbeitslosen auf, in einer Front mit den Arbeitern und Betriebsräten für ihre Rechte zu kämpfen.

Die eiserne Ferse.

Ein sozialer Roman von Jac London.

18]

Er knipste verächtlich mit den Fingern und setzte sich langsam nieder. Beifälliges Gemurmel kam von Seiten der Frauen, rauhere Kundgebungen der Zustimmung seitens der Männer. Von dem Dutzend Männer, die uns's Wort riefen, fing die Hälfte gleichzeitig an zu sprechen. Die babylonische Verwirrung war unbeschreiblich. Nie hatten die weiten Räume Herrn Pertonwaithes solches Schauspiel erlebt. Und diese Männer waren die kalten Führer der Industrie und Herren der Gesellschaft, diese knurrenden brummenden Wilden im Gesellschaftsanzug. Ja, wirklich, Ernst hatte sie wachgerüttelt, als er seine Hände nach ihren Geldsäcken ausstreckte, seine Hände, die in ihren Augen als die Hände der fünfzehnhunderttausend Revolutionäre erschienen.

Aber Ernst verlor in keiner Situation den Kopf. Bevor Kolonel Van Gilbert auf seinen Platz sah, war Ernst emporgesprungen.

„Einer nachdem anderen!" brüllte er sie an. Der Klang kam aus seiner großen Lunge und beruhigte den menschlichen Sturm. Kraft seiner bezwingenden Persönlichkeit gebot er Ruhe.

„Einer nach dem anderen", wiederholte er ruhig. „Lassen Sie mich Kolonel Van Gilbert antworten. Dann können die anderen von Ihnen zu mir kommen — aber, wohlgemerkt, einer nach dem andern. Keine Massenspiele. Hier ist kein Fußballplatz.

Was Sie betrifft," wandte er sich gegen Kolonel Van Gilbert, „so haben Sie auf nichts erwidern, was ich gesagt habe. Sie haben nur einige gereizte und abfällige Behauptungen über meine geistigen Fähigkeiten aufgestellt. Das mag Ihnen in Ihrem Beruf von Nutzen sein, aber mit mir können Sie keine solche Sprache führen. Ich bin kein Arbeiter, der mit der Kappe in der Hand Sie um Lohnerhöhung oder um Schutz gegen die Maschine bittet, an der er arbeitet. Sie können nicht ehrlich abfällig und geringschätzig sein, wenn Sie mit mir streiten. Sparen Sie das auf, wenn Sie mit Ihren Lohnsklaven streiten. Die werden nicht wagen, Ihnen zu erwidern, denn Sie halten deren Brot und Butter und deren Leben in Ihren Händen.

Hinsichtlich der Rückkehr zur Natur, die Sie, wie Sie sagen, auf der Akademie schon studiert bevor ich geboren war, erlauben Sie mir, zu bemerken, daß angesichts dessen Sie seither nichts mehr gelernt haben können. Sozialismus hat mit dem Zustand der Natur nicht mehr zu schaffen, wie eine Differentialgleichung mit einer Bibelkunde. Ich hoße Ihre Klasse stumpfsinnig genannt, sobald sie außerhalb ihres Geschäftsbereichs ist. Sie, mein Herr, haben ein glänzendes Beispiel für meine Behauptung gegeben."

Diese furchtbare Zuchtigung ihres Hunderttausend-Dollars-Advokaten war zu viel für die Nerven des Fräulein Brentwood. Ihr hysterischer Anfall wurde heftiger, und man führte sie, während sie weinte und lachte, aus dem Zimmer. Das war gut, denn es folgte noch Schlimmeres.

„Nehmen Sie nicht mich beim Wort dafür," fuhr Ernst fort, als die Störung vorüber war. „Ihre eigenen Autoritäten werden einstimmig Ihre Unkenntnis feststellen. Ihre eigenen gepachteten Wirtschaftsjournalisten werden Ihnen sagen, daß Sie im Irrtum sind. Gehen Sie zu Ihrem bescheidensten Hilfslehrer der Soziologie und fragen Sie ihn, welches der Unterschied zwischen Rousseaus Lehre von der Rückkehr zur Natur und der Lehre des Sozialismus ist; fragen Sie Ihren größten kreuzgläubigen Bourgeois, Volkswirtschaftler und Soziologen; schlagen Sie in jedem Buch nach, das diesen Gegenstand behandelt, und das auf den Regalen der von Ihnen errichteten Büchereien steht, und überall werden Sie die Antwort bekommen, daß keine Uebereinstimmung zwischen der Rückkehr zur Natur und dem Sozialismus besteht. Nein, Sie werden sogar die einstimmige Antwort erhalten, daß die Rückkehr zur Natur und der Sozialismus einander diametral gegenüberstehen. Wie gesagt, nehmen Sie nicht mich beim Wort dafür. Die Urkunde über Ihre Unkenntnis steht in den Büchern, in Ihren eigenen Büchern, die Sie niemals lesen. Und insofern Ihre Unkenntnis beteiligt ist, sind Sie nur das Muster Ihrer Klasse.

Sie kennen Gesetz und Geschäft, Kolonel Van Gilbert. Sie wissen, wie man den Trusts nützen und die Dividenden durch Verdrehung des Gesetzes vergrößern kann. Nun wohl. Bleiben Sie dabei. Sie sind ja nur eine Figur. Sie sind ein sehr guter Advokat, aber Sie sind ein schlechter Geschichtskenner. Sie wissen nichts von Soziologie und Ihre Biologie ist zeitgenössisch mit Plinius."

Hier wandte sich Kolonel Van Gilbert auf seinem Stuhl. Im Saale herrschte völlige Ruhe. Jeder war wie verzaubert, gelähmt möchte ich sagen. Eine so fürchterliche Behandlung des großen Kolonel Van Gilbert war unerhört, im Traum nicht denkbar, unmöglich zu glauben — der große Kolonel Van Gilbert vor dem die Richter zitterten, wenn er sich im Gerichtssaal erhob. Aber Ernst gab nie dem Gegner Pardon.

„Das soll natürlich kein persönlicher Tadel sein," sagte Ernst. „Jeder nach seiner Art. Nur bleiben Sie bei Ihrem Handwerk, und ich will bei meinem bleiben. Sie haben besondere Eigenschaften. Wenn es darauf ankommt, zu wissen, wie man am besten das Gesetz umgeht oder ein neues Gesetz zum Nutzen von diebischen Trusts macht, dann bin ich Ihnen unterlegen. Aber wenn es auf Soziologie ankommt — mein Handwerk — dann liegen Sie vor mir im Staub. Denken Sie daran! Vergessen Sie auch nicht, daß Ihr Gesetz nur der Stoff eines Tages ist, und daß Sie nicht in einer Sache bewandert sind, die mehr als Tagesstoff ist. Deshalb sind Ihre dogmatischen Behauptungen und voreiligen Verallgemeinerungen geschichtlicher und soziologischer Dinge den Atem nicht wert, den Sie daran verschwendet haben."

Ernst hielt einen Augenblick inne und sah ihn aufmerksam an; er beobachtete, wie Van Gilberts Gesicht vor Aerger dunkel und verzerrt war, wie seine Brust keuchte, wie sein Körper sich wand und seine schlanken weißen Hände sich nervös auf- und zuballten.

„Aber es scheint, daß Sie Atem übrig haben, und ich will Ihnen eine Gelegenheit geben, ihn zu verbrauchen. Ich habe ihre Klasse angeklagt. Zeigen Sie mir, daß meine Anklage falsch ist. Ich setzte Ihnen das Elend der modernen Arbeiter auseinander. Drei Millionen Kindersklaven in den Vereinigten Staaten, ohne deren Arbeit ein Gewinn nicht zu erzielen sei, und fünfzehn Millionen unterernährte, schlechtbekleidete und in ungesunden Wohnungen hausende Menschen. Ich setzte auseinander, daß die Arbeitsleistung des modernen Menschen durch soziale Einrichtungen und den Gebrauch der Maschinen tausendmal größer sei, als die des Höhlenmenschen. Und ich stellte fest, daß aus diesen beiden Tatsachen kein anderer Schluß gezogen werden könne als der, daß die kapitalistische Klasse falsch gewirtschaftet habe. Das war meine Anklage, und lediglich hierauf eine Antwort zu geben, fordere ich Sie auf. Nun, ich tat noch mehr. Ich sagte voraus, daß Sie nicht antworten würden. Es verbleibt also Ihrem Atem, meine Prophezeiung zu zerschmettern. Sie nannten meine Rede eine Fälschung. Beweisen Sie mir diese Fälschung, Kolonel Van Gilbert! Widerlegen Sie die Anklage, die ich und meine fünfzehnhunderttausend Genossen gegen Sie und Ihre Klasse vorgebracht haben!"

Kolonel Van Gilbert vergaß ganz, daß er Vorsitzender war, und daß es die Höflichkeit von ihm verlangte, die anderen, die um das Wort gebeten hatten, sprechen zu lassen. Er stand auf, warf seine Arme, seine Beredsamkeit und seine Selbstbeherrschung in die Luft, wobei er abwechselnd Ernst wegen seiner Jugend und seiner Volksaufwiegelei beschimpfte und die arbeitende Klasse angriff, indem er ihre Untätigkeit und Nichtswürdigkeit auseinandersetzte.

Die weitere Debatte brachte keine wesentlichen neuen Momente. Aus allen Reden der Diskussionsredner, sowohl Männer auf auch Frauen vernahm man immer wieder den Schrei: **Wir verlangen Arbeit und verzichten auf Almosen. Gebt uns Arbeit und Brot, damit unsere Frauen und Kinder nicht verhungern.**

Einzelne Debatteredner gingen auch auf die politischen Tagesfragen, Ruhrhilfe, nationalen Rummel, die faszistische Gefahr ein und es zeigte sich erfreulicherweise, daß die Breslauer Erwerbslosen trotz ihrer schweren Wirtschaftskämpfe auch für die politischen Kämpfe des Proletariats — die von den wirtschaftlichen ja nicht zu trennen sind — genügendes Verständnis haben. Große Empörung löst die Mitteilung aus, daß der Ortsausschuß des Breslauer Gewerkschaftskartells es nach wie vor ablehnt, den Breslauer Erwerbslosen den Saal des Gewerkschaftshauses zur Verfügung zu stellen, obwohl die Arbeitslosen bereit sind, denselben zu bezahlen.

(Wir kommen auf diesen himmelschreienden Skandal in einem besonderen Artikel zurück.)

Auf Anregung des Erwerbslosenrates Schorstein wurde beschlossen daß die Breslauer Erwerbslosen sich an der Maifeier beteiligen und einen eigenen Zug, der am Ringe Aufstellung nimmt, bilden. Schorstein wies mit Recht darauf hin, daß der 1. Mai kein Blumentag, sondern ein Kampftag sein soll, und daß die Erwerbslosen am 1. Mai nicht ihr Elend verbergen sondern es dem Bourgeois durch eine machtvolle Demonstration zeigen wollen.

Am Schluß wurde einstimmig eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution angenommen, die sofortige

100%ige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, doppelte Erwerbslosenunterstützung für die Feiertagswoche, Lieferung von Freikohle und billigen Lebensmitteln und dringende Inangriffnahme von Notstandsarbeiten

fordert.

Die Geduld der Erwerbslosen in Breslau ist erschöpft. Magistrat und Regierung tragen die Verantwortung für alles Kommende, wenn sie nicht umgehend die Forderungen der Erwerbslosen erfüllen. —

Was geht am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr im Breslauer Konzerthause vor?

Man schreibt uns:

Am kommenden Donnerstag soll im Konzerthause, Gartenstraße, ein

Vaterländischer Abend

stattfinden. An diesem Abend sollen bei den versammelten Kleinbürgern und Rentnern die nationalen Leidenschaften aufgepeitscht werden. Außer „vaterländischer" Musik (Fridericus Rex-marsch) usw. wird eine große Rede vom Stapel gelassen werden. Während im Reiche die kommunistischen Versammlungen und Zeitungen verboten werden, darf hier gegen die Republik gehetzt werden, wie es bei der Bismarckgeburtstagsfeier durch den Baron von Loringhoven geschehen ist. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß die Breslauer Arbeiterschaft auf derartige Veranstaltungen mehr wie bisher ihre Aufmerksamkeit richtet und im gegebenen Falle einschreitet.

Die Pfaffen wollen demonstrieren!

Am Sonntag, den 22. April, 1 Uhr mittag, treffen sich die gesamten ev. Kirchenangehörigen und Jugendvereine von ganz Breslau und der Provinz auf dem Schloßplatz, um mit Musik und Fahnen in einem Demonstrationszuge durch die Stadt vor die Jahrhunderthalle zu ziehen. Dort sollen Ansprachen usw. an die Anwesenden gerichtet und bei fröhlichem Spiel und Tanz die Zeit totgeschlagen werden.

Hoffentlich segnet sie alle der Herr von oben mit Donner, Blitz und Regen!

Provinzielles.

Neumarkt i. Schles. Oeffentliche Anfrage an den Oberstaatsanwalt betreffend den Kohlenschieberprozeß gegen Herrn Willi Krohn, Neumarkt. Am 20. Oktober 1921 wurde die Anzeige erstattet und die Kohlen beschlagnahmt. Nach zweimaliger polizeilicher und einer amtsgerichtlichen Vernehmung ist bis heute von dem Prozeß keine Spur zu entdecken. Was gedenkt der Herr Oberstaatsanwalt zu tun?

Dittersbach städt. Oeffentliche Versammlung der KPD. Am 1. Osterfeiertag fand im hiesigen Gerichtskretscham die erste öffentliche Versammlung der neugebildeten Ortsgruppe der KPD. statt. Dieselbe war den örtlichen Verhältnissen angemessen gut besucht. Referent war Genosse Oelßner-Breslau, welcher in seinem eineinhalbstündigen Referat über die politische Lage und Kampf der Arbeiterklasse sprach. Als erster Diskussionsredner trat Genosse Krause von hier (SPD.) auf, welcher erklärte, daß die SPD. wohl zu weit nach rechts abgeschwenkt sei, daß es wohl besser sei, wenn die KPD. zusammen mit der SPD. gehen und arbeiten würde. Aus den ganzen Aeußerungen des Genossen Krause kamen alle zu der Ansicht, daß die Anhänger der SPD. wohl die ziemlich gleichen Ziele wie die KPD. vertreten, die Koalitionspolitik ihrer Partei nicht billigen. Jedoch ihre Führer handeln anders. Als zweiter Diskussionsredner trat SPD.-Genosse Stengel von hier auf. An seiner ganzen Diskussion konnte man feststellen, daß er keine Ahnung von Politik hat, und es wäre ihm daher zu empfehlen, daß er, ehe er nochmals in der Diskussion spricht, seine Nase in das Parteiprogramm seiner Partei zu stecken, um derselben nicht mehr Schaden als Nutzen zu bringen. Genosse Oelßner erwiderte dem Genossen Krause in seinem Schlußwort, daß die KPD. sofort die Bruderhand der SPD. entgegenstrecken würde, wenn diese das Erfurter Parteiprogramm anerkenne, oder nur gewillt sei, für eine Arbeiterregierung zu kämpfen. Gegen 1½ Uhr mittags schloß der Vorsitzende der Ortsgruppe, Genosse Schiller, die Versammlung, wo er jedoch vorher nochmals darauf hinwies, wie das Leben der Arbeiterschaft weitergehen soll, wenn die Koalitionsregierung und die Arbeitsgemeinschaft nicht aufgehoben wird. Nach Schluß der Versammlung wurden 4 neue Mitglieder aufgenommen und neue Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" gewonnen.

Gottesberg. Der Vorstand der Ortsgruppe der KPD. beruft für Sonntag, den 15. April, abends 7 Uhr, nach der „Deutschen Halle" (Topfmarkt) die fällige Mitgliederversammlung ein. Tagesordnung ist folgende: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal; 2. Eingänge von Rundschreiben und unsere Arbeit vom 15. bis 22. April; 3. Beschlußfassung über einen Ausflug; 4. Verschiedenes; 5. Einüben revolutionärer Lieder. Zu dieser Versammlung haben alle Genossen zu erscheinen. Uebt Disziplin und bringt eure Frauen mit. Auch Sympathisierende sind geladen. Genossen, stärkt die Partei am Orte. Jeder tue seine Pflicht!

— Opfer des kapitalistischen Antreibesystems. Auf dem Mairauschacht verunglückte der Genosse Hauer Hermann Alt zu Tode. Genosse Alt arbeitete mit der Schrämmaschine und wollte eine längere Stange einwechseln, wobei er vor die Maschine mußte. In dem Moment brach das unterschrämte Bergemittel herein und quetschte Alt mit dem Kopfe an die Säule, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Es häufen sich die Unglücke, je mehr das Antreibesystem durch Leistungs- und Zentimeter-Gedinge Einzug hält, da alle nötigen Sicherheits- und Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen werden. Arbeiter, Genossen! schafft die Akkordarbeit ab, denn Akkordarbeit ist Mordarbeit!

— Orgeschfrechheit in Gottesberg! Zum 1. Mai fährt sich der Tag, an dem einige Orgeschjünger eine Tracht Prügel von Proletenfäusten davontrugen, weil sie die Arbeiter anläßlich der Maifeier durch Tragen von Hakenkreuzen provozierten. Von den Arbeitern aufgefordert zur Entfernung der Abzeichen, vermaulten sie sich noch obendrein und wollten sich mittels eines Schlagringes freie Bahn schaffen, wobei ihnen der Schlagring abgenommen wurde und sie dann obendrein die Proletenfäuste zu spüren bekamen. Die Arbeiter drangen den Fliehenden bis zur Wohnung nach und forderten von der dann einschreitenden Polizei die Durchsuchung der Wohnung nach anderen Waffen. Ob dies geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Heut erlauben sich die nämlichen Gesellen treudeutsche Lieder gröhlend abends die Straßen entlang zu marschieren und wie in der Versammlung der Deutschen-Freiheitspartei durch Absingen des Deutschlandliedes die Arbeiter zu provozieren. Sogar erdreisten sie sich nach der Polizeistunde auf der Straße zu schießen, wie es am Mittwoch abend nach 10 Uhr auf der Gartenstraße geschehen ist, wo ihr Helfershelfer seinen Hausschlüssel vergessen hatte. Warum ist da kein Nachtwachtbeamter zur Stelle, damit jene Leute zur Rechenschaft gezogen werden können? Hoffentlich rechnet die Arbeiterschaft mit diesen Orgeschjüngern einmal gründlich ab, damit ihnen das Schießen vergeht.

Rote Hilfe.

6. Quittung. Beim Bezirkskomitee Schlesien gingen weiter ein: Ortsgr. Landeshut, Wilhelm Brückner, Ablösung für Ruhrspende, 6000, Ortsgruppe Oberhermsdorf, Biewald, Ullrich, 2500, Ortsgr. Weißstein, Oeffentl. Versig. 4535, Ortsgr. Laasan, Oeffentl. Versig., 1520, Ortsgr. Langwaltersdorf, Union-Versig., 750, Gen. Brunnecker, Schmiedeberg, 2651, Gen. Schubert, Freiburg, 3500, Gen. Groeschel, Breslau, 1000, Gen. Gey, Breslau, 200, Willy, Breslau, 1000 Mk.

Arbeiter und Klassengenossen! Der Befreiungskampf des Proletariats erfordert immer größere Opfer. Mit rücksichtsloser Brutalität wird jede Regung der revolutionären Arbeiterschaft von der Bourgeoisie und ihren Henkersknechten niedergeschlagen. Die besten unter uns werden erschlagen, auf der „Flucht" erschossen, Tausende schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern, andere mußten flüchten, mußten ihre Familien verlassen, um ihr nacktes Leben zu retten. Aber heimatlos dürfen die Helden des Proletariats nicht werden. Sie gehören zu der großen Familie der Ausgebeuteten, überall, wo Arbeiterherzen schlagen, sollen sie und ihre Angehörigen Hilfe finden. Arbeiter zeigt, daß Ihr Eure Leidensgenossen nicht verderben laßt. Sammelt auf den Listen der „Roten Hilfe".

Rote Hilfe, Bezirkskomitee Schlesien.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Hartsch; für den Inseratenteil: Max Zschocher; Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ringbahn. Sprechst. Stadtverordneter Oelßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Bezirksleitung. Sonntag, den 15. April, pünktlich früh 8 Uhr, im Bezirksbüro Bezirksleitungssitzung. Da ein Teil der Genossen am Nachmittag verpflichtet ist und deshalb die Sitzung Mittags beraten sein muß, wird pünktliches Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Achtung Parteigenossen. Die Ortsgruppenleiter der Agitation [illegible] Glatzitz, Hindenburg und Beuthen mit [illegible] Genossen, die in den freien Gewerkschaften, in der Union usw. als Vertrauensleute sowie alle Vertrauensleute, die als Betriebsräte tätig sind, haben am Mittwoch, den 11. April, nachm. 5 Uhr, in Glatz, Gutenbrunner 2 (Hüttengoitsch) zu einer wichtigen Konferenz zu erscheinen. Die Ortsgruppenleitung hat die Pflicht, auch selbst einen Vertreter zu entsenden.

Aktion des Provinziallandtages. Donnerstag, 12. April, vormittags 9 Uhr, im Büro des Genossen Simon, Gartenstraße [illegible], Fraktionssitzung. Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Breslau. Sprechstunden: Nachmittags 5—7 Uhr.

— Die Distriktsfahrer empfangen sofort im Parteibüro, Nikolaistraße, Werbematerial.

— Donnerstag, den 12. April, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Nikolaistr. 49/50, wichtige Sitzung des Ortsausschusses. Die Ortsleitungsmitglieder sind hierzu erschienen.

— Alle Parteigenossen und -genossinnen, die dem Genossenverband der Angestellten angehören, erscheinen in einer wichtigen Betreffung am Donnerstag, den 12. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50.

— Donnerstag, den 12. April, abends 5 Uhr, haben sämtliche kommunistischen Radfahrer im Parteibüro, Nikolaistraße, mit Rad und Lenker zu erscheinen.

— Bezirk 2. Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr, im Kaiserhof, Nikolaistr. 49/50, wichtiger Bezirksrat. Referent anwesend. Keiner darf fehlen.

— Bezirk 4. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr, im Vereinslokal der Proletarischen Gesellschaft, Nikolaistraße 49/50, wichtige Bezirksversammlung. Erscheinen aller Genossen und ist unbedingt notwendig. Anwesenheit wird in der Versammlung kontrolliert.

— Bezirk 12. Freitag, den 13. April, abends 7,30 Uhr im [illegible], Gartenstraße 50, wichtiger Bezirksrat. Referent ist anwesend.

— Bezirk 14/15. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr [illegible] Bezirksversammlung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen im Versammlungslokal der Proletarischen Gesellschaft, Nikolaistraße [illegible].

— Kassenstelle der Linke-Hofmann-Werke. Freitag, den [illegible] April, nachm. 4 Uhr, Kassenstelle [illegible] bei Genossen [illegible] Betriebsrat.

Bezirk 15. Sonntag, den 15. April, vormittags 9 Uhr, [illegible] Genossen zur Werbeaktion zusammen. [illegible]

Feilbahnhof. Sonntag, den 15. April, nachm. 4 Uhr, im Restaurant „Schloßpark" eine sehr wichtige Bezirksversammlung statt. Sämtliche Genossen und Genossinnen der Partei und Jugend haben unbedingt zu erscheinen. (Straßenbahn über die Brücke.)

Freiburg. Freitag, den 13. April, abends 7,30 Uhr, im Lokal [illegible] Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen muß erwartet werden.

Kreisleitung Sagan. Sonntag, den 15. April, nachm. 2 Uhr, im Lokal in Hermsdorf, Gerichtsstraße, Kreisleitungssitzung. Dazu haben unbedingt die Vertrauensleute der Ortsgruppen Sagan, Göllnitzen, Bunzlau, Freiwaldau, Weißwasser, der Bezirksleitung der Ortsgruppe Sagan zu erscheinen. Außerdem sämtliche Mitglieder, welche sich durch Mitgliedbuch ausweisen, haben Zutritt.

Ober-Peterswaldau. Sonntag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr, bei Genossen Nickel, Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Kreis Reichenbach. Sonntag, den 15. April, vorm. 9 Uhr, im Gerichtskretscham in Gellenau, Kreisleitungssitzung. Die Vertreter der Kreise haben ebenfalls zu erscheinen. Referate über die Statuten. Besonders die Kassen müssen erscheinen.

KJD Bezirksleitung: Max Richter, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Reichspost-Konto: Breslau 2526 Max Richter.

Jugendheim. Sonntag, abends 7 Uhr, Jugendheimabend im Jugendheimheim Nikolaistraße [illegible].

Achtung Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 11. April, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistr. 49/50, 1. Etg., außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Alle Ortsleitungsmitglieder und Funktionäre eine Stunde früher.

Fellhammer. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr, evang. Schule, Heimabend (Diskussionsabend).

— Sonntag, den 15. April, nachmittags 2 Uhr, in der „Schönen Aussicht", Heimabend. Genosse J. Schmidt spricht über die Arbeit der Mädchen in der KJ.

Geibsdorf. Sonntag, den 15. April, nachm. 3 Uhr, findet bei Niedrich eine öffentl. Jugendversammlung statt.

— **Achtung Genossen von Geibsdorf und Lichtenau.** Alle Genossen sammeln sich am Sonntag, nachm. 1,30 Uhr am Bahnhof Lichtenau, zur Abholung der Görlitzer Genossen, von da geschlossen ins Versammlungslokal.

Langenbielau. Unsere Heimversammlungen finden jetzt jeden Sonnabend, abends 7 Uhr, in Dinters Gasthaus statt. Restloses Erscheinen ist Pflicht, da für die Zukunft nichts mehr in der Zeitung bekanntgegeben wird.

— Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr, bei Dinter außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Liebau. Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr, Heimabend im „Grünen Baum". Bericht von der Stadtverordnetensitzung.

— Sonntag, den 15. April, nachmittags 1 Uhr, Umzug nach Schmiedeberg.

Kinder-Sektion. Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr, öffentliche Jugendversammlung. Genosse [illegible] spricht über „Militarismus und Schulpflichtige". Die umliegenden Ortsgruppen werden eingeladen, und es zu unterstützen.

Kreiskonferenz der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Sonntag, den 15. April findet in Görlitz im Hotel [illegible], vorm. 9 Uhr, eine Kreiskonferenz der kommunistischen Jugend statt. Alle Ortsgruppen haben zu dieser Konferenz Telegramm zu entsenden. Auf 10 Mitglieder entfällt ein Delegierter.

Kreisleitung Waldenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in der „Sonnenblume", Fürstenstein, Kreisleitungssitzung. Alle neugewählten Genossen müssen haben zu erscheinen.

— Sonntags 9 Uhr findet eine Kreisvorstandssitzung der Partei im Gerichtskretscham in Fürstenstein statt.

Gewerkschaften

Breslau. Die kommunistischen Metallarbeiter treffen sich unbedingt am Freitag, den 13. April, im Parteilokal, Nikolaistraße. Keiner darf fehlen, da sehr wichtige Fragen zu behandeln sind.

Freiburg. Donnerstag, den 12. April, abends 7,30 Uhr, im Deutschen Kaiser, Kassierstelle.

Grüllenberg. Ortsverein der freien Gewerkschaften. Freitag, den 13. April, abends 8 Uhr, bei [illegible], Versammlung.

Waldenburg. Sonnabend, den 14. April, abends 6,30 Uhr, im „Prinz" in Altwasser, Branchenversammlung der Bergarbeiter und Hauer. Jeder Genosse ist verpflichtet, zu erscheinen. Referent anwesend.

Waldenburg. Ortsausschuß des ADGB. Am Sonnabend, den 14. April, nachm. 5 Uhr, findet im Gerichtskretscham in Altwasser eine Gewerkschaftsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Berichte der Vertrauensmänner. Referent: Genosse Roll. Schulz. 3. Die Sanierung unserer Gewerkschaftsorganisation. Genosse Eichner. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder des Gewerkschaftskartells werden erinnert, eine Stunde früher im Lokale zu erscheinen. Das Erscheinen sämtlicher Kassierer ist unbedingt notwendig.

Andere Organisationen

Breslau. Allgemeiner Schuster-Verein. Mittwoch, abends punkt 7 Uhr, im Lokal „Goldene Pforte", Nikolaistraße 49, außerordentliche Mitgliederversammlung. Thema: Gewerkschaftsfragen-Zentrale oder Berufs-Organisation? Zu Beginn der Sitzung der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Genossen.

Altwasser. Kassier-Verein Glück auf. Sonntag, den 15. April, vorm. 10 Uhr, im Vereinslokal, Generalversammlung.

Gnadenberg. Union der Hand- und Kopfarbeiter a. S. Am Sonntag, den 15. April, vorm. 9 Uhr, finden im Gasthause des Herrn [illegible] Versammlungen statt, gemeinsam für alle, eine Sektion [illegible] Hauptkasse G. S. Berlin. Die Hauptkasse der Gewerkschaft hat [illegible] zu erscheinen. Referent anwesend.

Waldenburg. Union der Hand- und Kopfarbeiter a. S. Am Sonnabend, den 14. April, vorm. 9 Uhr, finden im Gasthause des Herrn [illegible] Versammlungen statt, gemeinsam für alle, eine Sektion [illegible] Hauptkasse G. S. Berlin. Die Hauptkasse der Gewerkschaft hat [illegible] zu erscheinen. Referent anwesend.

Proletarier lies!

Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.

Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.

Abtl. Buchhandlung Breslau Nikolaistraße 49/50

hat ein reichhalt. Lager aller einschlägigen proletar. Literatur aufzuweisen

Eine reichhaltige Sendung neuer kommunistischer Literatur ist eingetroffen.

Gebrauchte Wäsche und Betten kaufen zu höchsten Preisen 115 Brüll & Co. Matthiasstraße 88.

Gold-Silber Platin — Bruch, Dublee auch das kleinste Quantum kauft über Reklamepreis 24 B. Heentschel, Reuschestr. 47/48 Haus Tschauer.

Sohlenleder-Ausschnitt in allen Größen u. Stärken preiswert Gebr. Tischler Lederhandlung Reichestraße 4 Filiale: Sandstraße 16. 110

Für Neu-Weisstein und Altwasser wird eine Austrägerin oder Knabe von 13—14 Jahren gesucht. Meldungen bei Gen. H. Beer, Altwasser, Breslauerstraße 11. Gen. K. Jaka, Altwasser, Charlottenbrunnerstr. 58.

Hast Du schon Kommunist geworden???

Kaufe Gold- Silber- Platin-Bruch Zahngebisse Uhren zu höchsten Tagespreisen E. Beyer Blücherstraße 15

Neu erschienen: Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution: 35 Seiten stark broschiert 100 M. Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50 sowie alle Literaturobleute.

Kommun. Jugend Geibsdorf. Sonntag, den 15. April 1923, abends 7 Uhr im „Preußischen Adler", Lichtenau Proletarischer Abend veranstaltet von der Komm. Jugend Geibsdorf unter Mitwirkung der Komm. Jugend Görlitz.

Meine Preise sind bekannt als die höchsten für Alteisen, Metalle, Zeitung, Makulatur u. Papier A. Linke Rohproduktenhandlung Lessingstraße 10 99 Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle. Bitte auf Hausnummer achten.

Gebrauchter, noch gut erhaltener Kleider-schrank zu kaufen gesucht. Angebote an Artur Müller, Breslau, Nikolaistraße 49/50 (Buchhandlung)

Wieder eingetroffen: Taschen-Kalender der KPD für 1923 255 Seiten stark Preis: 250.— Mk. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien Breslau 1, Nikolaistr. 49/50 Abteilung: Buchhandlung.